

# EUROPA-INFORMATIONEN

VERTRETUNG DES LANDES MECKLENBURG-VORPOMMERN BEI DER EU

Liebe Leserinnen und Leser,

die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat am 16. September 2020 ihre erste Rede zur Lage der Union gehalten. In den fast 80 Minuten ihres dreisprachigen Vortrags hat sie nahezu alle europäischen Politikfelder gestreift. Die Presse hat besonders ihren Vorschlag für ambitioniertere Klimaziele aufgegriffen. Die Rede von Präsidentin von der Leyen enthielt aber noch viel mehr Initiativen. Allein die [Absichtserklärung](#) der Kommission gegenüber Parlament und Rat enthält 44 neue Vorhaben für das Jahr 2021, viele davon legislativer Natur. In dieser Ausgabe der Europa-Informationen werden zentrale Projekte in dem jeweiligen Fachbereich dargestellt. Sie erkennen die entsprechenden Texte am Logo. 

Die deutsche Ratspräsidentschaft hat zum 1. Oktober 2020 bereits „Halbzeit“. Die für diese Ratspräsidentschaft entscheidenden Dossiers sind noch in der Beratung zwischen den Institutionen. (MFR, NextGeneration EU, das Freihandelsabkommen EU/VK nach Brexit) einige Themen wurden gerade erst in neuem Gewand und mit zahlreichen Änderungen im Detail wieder auf den Tisch gebracht (das Gemeinsame Europäische Asylsystem). Auch die seit vielen Jahren andauernde Debatte um die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedstaaten der EU wird um eine weitere Facette erweitert. Am 30. September 2020 hat die Kommission den ersten europaweiten Rechtsstaatlichkeitsbericht vorgestellt. Der Bericht umfasst vier Eckpfeiler der Rechtsstaatlichkeit: die nationalen Justizsysteme, die Rahmen für die Korruptionsbekämpfung, Medienpluralismus und -freiheit sowie sonstige institutionelle Aspekte im Zusammenhang mit der Gewaltenteilung. Klar ist: Es werden sehr intensive weitere drei Monate bis zum Ende des Jahres 2020 folgen, und Deutschland wird eine Menge Arbeit an die nachfolgenden Partner der Triopräsidentschaft übergeben müssen (Portugal und Slowenien).

Während Europa mit vielen Initiativen für die teils längerfristige Zukunft plant, werden wir täglich daran erinnert, dass die Corona-Pandemie noch lange nicht überstanden ist. Zum Stichtag 28. September 2020 meldete das Europäische Zentrum für Gesundheitsvorsorge und Kontrolle ([ECDC](#)) ca. 3,2 Mio. bestätigte Corona-Infektionen und ca. 188.780 Todesfälle im Kontext der Covid 19 Erkrankung (EU/EWA und Großbritannien). Die täglichen Neuinfektionen steigen nahezu flächendeckend in allen Mitgliedstaaten an. In dieser Situation benötigen alle Entscheidungsträger zuverlässige aktuelle Zahlen über die Entwicklung der Pandemie, um die angemessenen Maßnahmen treffen zu können und nur dort Freiheiten zu beschränken, wo dies im Sinne der Eindämmung der Pandemie unvermeidlich ist. Das neue „[Covid 19-Situation Dashboard](#)“ des Europäischen Zentrums für Krankheitsvorsorge und -kontrolle (ECDC) liefert viele gute Übersichten, ermöglicht Vergleiche zwischen den einzelnen Ländern und schafft Bewusstsein für Fehlentwicklungen.

Noch ein Wort in eigener Sache: Zum 1. Oktober 2020 wird aus dem Informationsbüro die „Vertretung des Landes Mecklenburg-Vorpommern bei der Europäischen Union“. Das Kabinett hat dies im August 2020 beschlossen. Mit etwas organisatorischem Vorlauf setzen wir das jetzt zum 1. Oktober 2020 um. Damit passt sich Mecklenburg-Vorpommern an die mittlerweile seit vielen Jahren weit überwiegend übliche Praxis in Brüssel an. Die Bezeichnung „Vertretung“ ist Ausdruck davon, dass die Interessenwahrnehmung in Brüssel eine Selbstverständlichkeit für die deutschen Länder geworden ist, die sich im Rahmen der ihnen im Grundgesetz zugewiesenen Aufgaben in den europäischen Diskussionsprozess einbringen. Inhaltlich werden wir nahtlos an die hervorragende Arbeit des Informationsbüros der letzten fast drei Jahrzehnte anknüpfen.

Mit herzlichen Grüßen aus Brüssel,

Dr. Lars Friedrichsen

# Inhaltsverzeichnis

<b>1. Übergreifende Themen .....</b>	<b>5</b>
Rede zur Lage der Union .....	5
EMK in Perl-Nennig .....	6
Nachfolge für Handelskommissar Phil Hogan .....	6
<b>2. Inneres .....</b>	<b>7</b>
Kommission schlägt neue Reform des Europäischen Asylsystems vor.....	7
EP fordert stärkere Zentralisierung des Katastrophenschutzmechanismus .....	7
Aktionsplan gegen Rassismus .....	7
Kommission will bessere Koordinierung der Corona-Reisebeschränkungen .....	8
Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet.....	8
<b>3. Justiz, Verbraucherschutz.....</b>	<b>9</b>
Bericht über die Rechtsstaatlichkeit in der Europäischen Union.....	9
Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet.....	9
Bericht zum Schutz des EU-Haushalts vor Betrug.....	9
Europäische Staatsanwälte legen Amtseid ab .....	9
EuGH stärkt die Netzneutralität im Internet.....	10
EuGH: Kurzzeitvermietung kann von Genehmigung abhängig gemacht werden .....	10
<b>4. Finanzen .....</b>	<b>11</b>
NextGenerationEU“: EU-Kommission stellt Leitlinien für Aufbau- und Resilienzfähigkeit vor....	11
Deutschland verzeichnet mit 22 Milliarden € EU-weit drittgrößte Mehrwertsteuerlücke .....	12
Deutschland 2019 mit Abstand größter Nettozahler der EU .....	12
Kommission treibt Kapitalmarktunion in Europa voran.....	12
Europäische Zentralbank möchte künftig auch „grüne“ Anleihen als Sicherheit akzeptieren ..	13
Aktionsplan für intelligenteren, innovativeren und effizienteren Zoll in der EU .....	13
<b>5. Wirtschaft, Arbeit, Gesundheit, Tourismus, Aussenwirtschaft.....</b>	<b>14</b>
Ausschuss für Regionale Entwicklung nimmt Bericht zu ReactEU an .....	14
Kommission:Übernahme von Gehe Pharma Handel durch Alliance Healthcare gebilligt .....	14
Kommission: Gemeinschaftsunternehmen von Cordes & Graefe und Fischer.....	14
Kommission und Sozialpartner: Migranten besser in Arbeitsmarkt integrieren .....	15
Zukunft: Europäische Gesundheitsunion .....	15
Coronavirus: EU und WHO kooperieren bei Impfstoffen und Behandlungen .....	15
Coronavirus: EU sichert Abnahme von Impfstoff-Dosen von BioNTech-Pfizer .....	15
Kommission unterstützt Plasma-Forschung zur Behandlung von COVID-19.....	16
Coronavirus: EU stellt 150 Mio. € für Beförderung medizinischer Güter bereit .....	16
Kampf gegen Drogen: Verbot von Isotonitazen auf dem Weg.....	16
Bericht: Ausstieg aus Verwendung von Quecksilber in Dentalamalgam .....	16
Umweltprobleme verursachen 13% der Todesfälle in Europa .....	16
Coronakrise: Kommission schlägt Kriterien für Reisebeschränkungen vor .....	17
Kommission: Deutsche Garantieregelung für Reisegutscheine gebilligt.....	17
Aktionsplan für intelligenteren, innovativeren und effizienteren Zoll in der EU .....	17
<b>6. Landwirtschaft, Fischerei, Umwelt.....</b>	<b>18</b>
Lage der Union: Klimaziele.....	18
Informelles Abkommen über Maßnahmen zur Unterstützung der Fischer und zur Erhaltung der Fischbestände in der Ostsee .....	18
VN-Gipfel zur biologischen Vielfalt: Rat sendet geeintes Signal .....	18
Green Deal: Intensivere Maßnahmen gegen die globale Entwaldung.....	19
Brexit: Weitere Verhandlungsrunde scheitert .....	19
<b>7. Bildung, Wissenschaft, Kultur.....</b>	<b>20</b>
OECD Bericht - Bildung auf einen Blick .....	20
Der Europäische Bildungsraum - im Zeichen des digitalen Zeitalters.....	20
Europäischer Forschungsrat vergibt ERC Starting Grants 2020 .....	20
Kommissionpräsidentin benennt Green Deal und Digitalisierung als Schwerpunkte .....	20
Europäischer Grüner Deal – Vorschläge erbeten .....	21

Europäische Forschungs- und Innovationstage – in diesem Jahr virtuell .....	21
Creative Europe Monitoring Report 2019 veröffentlicht .....	21
<b>8. Energie, Verkehr, Infrastruktur, Bau, Digitalisierung, Landesplanung.....</b>	<b>22</b>
Neues Klimaziel: EU-Kommission schlägt 55 Prozent weniger Emissionen bis 2030 vor .....	22
EU-Kommission erleichtert Zusammenarbeit bei Förderung erneuerbarer Energien .....	22
Kommission startet Konsultation zur Bauprodukte-Verordnung .....	23
Stellungnahmen zu Beihilfavorschriften für Breitbandausbau ein .....	23
EU-Kommission fordert Mitgliedsstaaten auf, ein Konzept für 5G vorzulegen .....	24
Kommission unternimmt neuen Anlauf für eine Reform des europäischen Luftraums .....	24
EP stimmt für Einbezug des Seeverkehrs in das EU-Emissionshandelssystem .....	25
<b>9. Soziales, Jugend, Gleichstellung, Sport.....</b>	<b>26</b>
Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet.....	26
<b>10. Medien.....</b>	<b>27</b>
Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet.....	27
Bericht über die Rechtsstaatlichkeit in der Europäischen Union.....	27
Neue EU-Vorschriften für audiovisuelle Medien.....	27
<b>11. Ausschuss der Regionen .....</b>	<b>28</b>
Empfehlungen der Fachkommission COTER .....	28
<b>12. Meerespolitik, Ostsee, grenzüberschreitende Zusammenarbeit .....</b>	<b>29</b>
EU-Staaten wollen gegen Verschmutzung der Ostsee vorgehen .....	29
EU-Kommission erleichtert Zusammenarbeit bei Förderung erneuerbarer Energien.....	29
Forum Ostsee MV: Perspektiven für die Ostseekooperation nach 2021 .....	29
EU-Mitgliedstaaten einigen sich auf Schwellenwert für Meeresmüll an den Küsten .....	30
<b>13. Laufende Konsultationen .....</b>	<b>31</b>
<b>14. Termine.....</b>	<b>33</b>
<b>15. Ansprechpartner .....</b>	<b>35</b>

## **Erklärung zum Haftungsausschluss**

Das Ministerium für Inneres und Europa ist um Richtigkeit und Aktualität der bereitgestellten Informationen bemüht. Trotzdem können Fehler und Unklarheiten nicht vollständig ausgeschlossen werden. Das Ministerium übernimmt deshalb keine Gewähr für die Aktualität, Richtigkeit, Vollständigkeit oder Qualität der bereitgestellten Informationen. Für EU-Dokumente ist jeweils die amtliche Veröffentlichung maßgeblich. Der Text enthält Hyperlinks, durch die auf externe Seiten und dort angebotene Informationen verwiesen wird.

Es handelt sich um allgemein zugängliche Seiten, deren Auffinden durch die Links erleichtert werden soll. Soweit über Links auf solche Seiten verwiesen wird, ist für deren Inhalt ausschließlich der Betreiber dieser Seiten verantwortlich, das Ministerium macht sich durch die Verweisung die über den Link angebotenen Informationen oder eventuelle Weiterverweisungen nicht zu eigen.

Das Ministerium hat keinen Einfluss auf eine nach Setzung des Links erfolgte Veränderung des Links oder der zugrunde liegenden Inhalte und übernimmt dafür keine Verantwortung. Wenn Sie die Europa-Informationen nicht mehr erhalten möchten, teilen Sie uns dies bitte mit. Hierzu reicht aus, wenn Sie auf diese Mail mit der Nachricht „Europa-Informationen abbestellen“ antworten.

## Rede zur Lage der Union

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hielt am 16. September 2020 ihre erste Rede zur Lage der Union. Ihr Vorgänger Barroso hat diese Institution aus dem amerikanischen Politikalltag entliehen. Seit dem Jahr 2010 gehört die State of the Union oder „SOTEU“ wie sie intern genannt wird, zu den ersten Höhepunkten im europäischen Politikkalender nach der Sommerpause.



State of the Union 2020

Die Rede von Frau von der Leyen dauerte fast 80 Minuten und umfasste Hinweise und wichtige Leitlinien zu fast allen Politikbereichen. Die Präsidentin der Europäischen Kommission hat ihre Vision für ein Europa präsentiert, das stärker aus der Pandemie hervor kommt und den Weg zu einer neuen Vitalität aufzeigt. Um es Europa zu ermöglichen, grün, digital und widerstandsfähiger gegen Krisen zu werden, wird sich die Kommission auf folgende Punkte konzentrieren:

- Schutz von Leben und Lebensgrundlagen in Europa, der Gesundheit unserer Bürger, und der Stabilität unserer Wirtschaft;
- Stärkung der Grundbausteine des Europäischen Grünen Deals und Erhöhung unserer Zielsetzungen;
- Anführen der digitalen Transformation, vor allem in Bezug auf Daten, Technologie und Infrastruktur;
- Das Beste aus unserem Binnenmarkt herausholen;
- Weiter die globale Antwort mobilisieren, weil die Welt auf einen zugänglichen, bezahlbaren und sicheren Impfstoff gegen COVID-19 wartet;
- Selbstbewusster auf globale Geschehnisse antworten und die Beziehungen mit den engsten Nachbarn und globalen Partnern der EU vertiefen;
- Einen neuen Ansatz in Sachen Migration verfolgen, wachsam gegenüber der Rechtsstaatlichkeit bleiben und eine Union aufbauen, in der Rassismus und Diskriminierung keinen Platz haben.

Am 16. September hat Präsidentin Ursula von der Leyen auch ihre Absichtserklärung an David Sassoli, den Präsidenten des Europäischen Parlaments, und Kanzlerin Angela Merkel, als Ratsvorsitzende, geschickt. Darin beschreibt sie detailliert die Aktionen, die die Kommission im nächsten Jahr umsetzen möchte – mittels Gesetzgebung und anderer Initiativen. Die 44 konkreten Vorschläge (zum großen Teil legislativ) dargestellt entlang der großen politischen Prioritäten wie Green Deal und Digitaler Wandel werden in den nächsten Jahr die Arbeit in Brüssel und Straßburg entscheidend prägen. Frau von der Leyen fasst es in folgende Worte: „Wir wollen den Wandel selbst aktiv gestalten – und nicht, dass uns Katastrophen oder Vorgaben anderer vor sich hertreiben. Wir wollen stärker aus der Krise kommen. Indem wir Chancen für die Welt von morgen erschließen, anstatt Rettungsschirme für die Welt von gestern aufspannen. Wir haben alles, was wir hierfür brauchen. Wir haben die alten Ausreden und Annehmlichkeiten über Bord geworfen, die uns immer zurückgehalten haben. Wir haben eine Vision, wir haben einen Plan und wir haben die Investitionen.“

Die wesentlichen Elemente der Rede zur Lage der Union werden in den folgenden Kapiteln bei den Fachthemen dargestellt. Zu erkennen ist dies am „SOTEU“ Logo (s.o.).

[Rede zur Lage der Union \(deutsche Fassung\)](#)

[Rede zur Lage der Union – Absichtserklärung ggü. EP und Rat](#)

[Umfassende Broschüre mit der vollständigen Rede und weiterem Material](#)

[SOTEU – weitere Begleitunterlagen](#)

## **EMK in Perl-Nennig**

Am 9. und 10. September 2020 fand die Europaministerkonferenz (EMK) in Perl-Nennig statt. Unter saarländischem Vorsitz tagten erstmals die deutschen Bundesländer gemeinsam mit den französischen Regionen. Insgesamt die Hälfte aller Regionen waren, neben Renaud Musélier, dem Präsidenten der Association des Régions de France, politisch vor Ort vertreten, und die restlichen zugeschaltet.

Auf der Tagesordnung der 84. EMK standen Schlüsselthemen wie die Folgen der Pandemie in den Regionen, der Wiederaufbauplan der EU und der Europäische Stabilitätsmechanismus sowie die Rolle der regionalen Ebenen im Wiederaufbauprozess.

Schwerpunkt der gemeinsamen Konferenz war außerdem der EU-Wiederaufbauplan. Hierzu und zur Rolle des European Stability Mechanism sprach der Chef des Euro-Rettungsschirms, Klaus Regling. Die Vertreterinnen und Vertreter der Regionen und der Länder unterstützen den Wiederaufbauplan, auf den sich die Mitgliedsstaaten der EU im Juli verständigt haben.

Zudem wurde auf die besondere Bedeutung der Präambel und des Artikels 26 des Aachener Vertrages hingewiesen. Diese unterstreicht die wichtige Rolle der Länder, des Bundesrats, der Regionen und des Deutsch-Französischen Kulturbvollmächtigten sowie die enge Einbindung der regionalen Ebene in die Arbeit des Deutsch-Französischen Ministerrates.

Am Abend kamen der luxemburgischen Außenminister Jean Asselborn und Ministerpräsident Tobias Hans zu einem Austausch mit den Teilnehmern der Konferenz.

Am zweiten Sitzungstag standen aktuelle europapolitische Themenschwerpunkte auf der Agenda. Ein zentrales Thema des saarländischen Vorsitzes ist die Rechtsstaatlichkeit der Europäischen Union. Hierzu begrüßte Europaminister Strobel den Präsidenten des Gerichtshofs der EU, Koen Lenaerts, als Gast. Daneben wurde auch die Frage diskutiert, wie Europa sich in einer globalisierten Welt behaupten kann.

Ein wesentlicher Beitrag sei hier, so die Länder-Europaminister, die Digitalisierung und insbesondere das Thema Künstliche Intelligenz. Das machten auch die Diskussionen mit verschiedenen Vertretern aus dem Bereich der KI deutlich.

[Webseite des EMK-Vorsitzlandes Saarland](#)

## **Nachfolge für Handelskommissar Phil Hogan**

Handelskommissar Phil Hogan musste Ende August 2020 von seinem Amt in der Kommission zurücktreten, da er aufgrund von Verstößen gegen die Corona-Vorgaben seines Heimatlandes Irland unter starken politischen Druck geraten war. Kommissionspräsidentin von der Leyen hat mittlerweile seine Nachfolge schnell geregelt, dabei auf vorhandene Strukturen und Personalien zurück gegriffen und einen weiteren Schritt dahin unternommen, ihre Kommission geschlechterparitätisch zu besetzen.

Mairead McGuinness (Irland, EVP) soll die Zuständigkeiten für Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und die Kapitalmarktunion übernehmen. Frau McGuinness ist seit 2004 Mitglied des Europäischen Parlaments war zuletzt dessen 1. Vizepräsidentin. Sie übernimmt diese Aufgaben vom 1. Exekutiven Vizepräsidenten Dombrovskis, der stattdessen das Handelsportfolio übernimmt. Dombrovskis ist in seiner zweiten Amtszeit Mitglied der Kommission.

Die Anhörung der designierten EU-Kommissarin Mairead McGuinness findet am 2. Oktober um 9.00 Uhr MEZ im Ausschuss für Wirtschaft und Währung statt. Die Abgeordneten werden bewerten, ob McGuinness geeignet ist, das Ressort Finanzdienstleistungen, Finanzstabilität und Kapitalmarktunion zu übernehmen. Der exekutive Vizepräsident der Europäischen Kommission Valdis Dombrovskis (Lettland, EVP) soll das Handelsressort übernehmen. Er wird am selben Tag um 13.00 Uhr MEZ zu einer Anhörung eingeladen. Die Sitzung wird vom Ausschuss für internationalen Handel unter Beteiligung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, des Wirtschafts- und Währungsausschusses, des Entwicklungsausschusses und des Haushaltsausschusses organisiert. Da Dombrovskis bereits Mitglied der Kommission ist, wird er nur zu seiner Eignung für das neue Portfolio befragt. Die Abstimmung im Plenum ist am 7. Oktober angesetzt. Wie immer erfolgt die Abstimmung über einzelne Kandidaten durch das Parlament in geheimer Abstimmung. Für die Festlegung des Standpunkts des Parlaments ist die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen erforderlich.

[Lebenslauf McGuinness](#)

[Lebenslauf Dombrovskis](#)

### **Kommission schlägt neue Reform des Europäischen Asylsystems vor**

Am 23. September 2020 hat die Kommission fünf neue Vorschläge zur Reform des gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) vorgelegt, welche die Legislativvorschläge von 2016 teilweise ergänzen oder ersetzen. Zudem veröffentlichte sie eine Mitteilung und vier Empfehlungen. Dies war ein zentrales Thema der Rede zur Lage der Union der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Das neue Paket soll die Zusammenarbeit mit Drittstaaten, die Verfahren an den Grenzen und die Rückführungen verbessern, zudem soll es zu mehr europäischer Solidarität beitragen. Die Rechtsvorschriften des Pakets müssen im weiteren Verfahren durch das Europäische Parlament und den Rat angenommen werden. Vorschläge zur Zukunft von Schengen, zur Integration, zur freiwilligen Rückkehr und zur legalen Migration werden im nächsten Jahr erwartet.

Eine ausführliche Analyse unter: [Europa-Informationen Aktuell](#) vom 24. September 2020.

State of the Union 2020

### **EP fordert stärkere Zentralisierung des Katastrophenschutzmechanismus**

Das Europäische Parlament hat mit 617 Stimmen bei 52 Gegenstimmen und 23 Enthaltungen am 16. September 2020 die Position zum neuen Vorschlag zur Überarbeitung des Katastrophenschutzmechanismus angenommen. Der EU-Katastrophenschutzmechanismus unterstützt derzeit die Katastrophenschutzbemühungen der Mitgliedstaaten. Die Abgeordneten sind jedoch der Ansicht, dass der EU-Katastrophenschutzmechanismus während der COVID-19-Krise zwar erfolgreich eingesetzt wurde, jedoch auch Einschränkungen bei der derzeitigen Einrichtung des Krisenmanagements aufdeckte. Wenn viele Mitgliedstaaten gleichzeitig von demselben Notfall betroffen sind, können sie sich nicht auf eigenes Vermögen und freiwillige Unterstützung verlassen. Das Verfahren müsse daher gestärkt werden, damit die EU schnell helfen kann, diese kritischen Lücken zu schließen. Die Abgeordneten sind daher der Ansicht, dass die EU in der Lage sein müsse, Ausrüstung zu besitzen und direkt zu beschaffen, um die Mitgliedstaaten bei Überlastung der nationalen Kapazitäten zu unterstützen. Das Europäische Parlament will auch die Mittelvergabe überwachen. Im Bericht wird weiter gefordert, mehr finanzielle Mittel zuzuweisen. Die Verhandlungen mit dem Rat können im weiteren Verfahren aufgenommen werden, wenn sich dieser auf eine Position festgelegt hat.

[Pressemitteilung](#)

### **Aktionsplan gegen Rassismus**

Die Kommission hat am 18. September 2020 einen europäischen Aktionsplan gegen Rassismus vorgelegt. Der EU-Grundrechteagentur zufolge haben 45 % der Menschen mit Abstammung aus Nordafrika, 41 % der Roma und 39 % der Menschen mit Abstammung aus Ländern südlich der Sahara bereits Diskriminierung erlebt. Nahezu die Hälfte (47 %) der jüdischen Befragten befürchtete, Opfer von antisemitischer verbaler Beleidigung oder von antisemitischer Belästigung zu werden. Der Aktionsplan gegen Rassismus 2020-2025 enthält Maßnahmen, mit denen Rassismus durch EU-Recht bekämpft werden soll. Vorgesehen ist aber auch eine Bekämpfung im Wege einer Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten, einschließlich der nationalen Strafverfolgungsbehörden, den Medien und der Zivilgesellschaft.

2021 will die Kommission über die Umsetzung der Richtlinie zur Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes Bericht erstatten und bis 2022 etwaige einschlägige Rechtsvorschriften vorlegen. Die Kommission will die Umsetzung und Durchführung des Rahmenbeschlusses zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit prüfen. Die Kommission will einen Anti-Rassismus-Koordinator ernennen und einen regelmäßigen Dialog mit den Interessenträgern aufnehmen, der mindestens zwei Zusammenkünfte pro Jahr umfasst. Mit Unterstützung von EU-Agenturen wie der Agentur für Grundrechte (FRA) und der Agentur für die Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet der Strafverfolgung (CEPOL) sollen die Mitgliedstaaten ermutigt werden, ihre Anstrengungen zu intensivieren, um diskriminierenden Einstellungen in den Strafverfolgungsbehörden entgegenzuwirken und die Glaubwürdigkeit der Strafverfolgungsarbeit gegen hassmotivierte Straftaten zu erhöhen. Die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, bis Ende 2022 nationale Aktionspläne zur Bekämpfung von Rassismus und Rassendiskriminierung zu verabschieden. Die Kommission will auch Schritte

unternehmen, um die Repräsentativität der Kommissionsbediensteten durch gezielte Maßnahmen bei Einstellungs- und Auswahlverfahren deutlich zu verbessern.

Darüber hinaus sieht der Aktionsplan folgende Maßnahmen vor: Sensibilisierung und Bekämpfung von Stereotypen in Bezug auf ethnische Herkunft durch Medien, Bildung, Kultur und Sport sowie eine verbesserte Erhebung von nach ethnischer Herkunft aufgeschlüsselten Daten. Darüber hinaus will die Kommission eine alljährliche Auszeichnung einer europäischen Hauptstadt/europäischer Hauptstädte für Inklusion und Vielfalt einführen und im Frühjahr 2021 einen Gipfel gegen Rassismus organisieren.

[Pressemitteilung](#) & [Aktionsplan](#)

### **Kommission will bessere Koordinierung der Corona-Reisebeschränkungen**

Die Kommission hat am 4. September 2020 einen Vorschlag für eine bessere Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten bei Corona-Reisebeschränkungen vorgelegt. Die Empfehlungen zeigen vier Schlüsselbereiche auf, in denen die Mitgliedstaaten enger zusammenarbeiten sollten:

1. Gemeinsame Kriterien und Schwellenwerte für die Mitgliedstaaten als Grundlage für Entscheidungen über die Einführung von Reisebeschränkungen,
2. Kartierung anhand gemeinsamer Kriterien und mithilfe eines vereinbarten Farbcodes,
3. gemeinsamer Rahmen für Maßnahmen, die für Reisende aus Risikogebieten gelten und
4. klare und rechtzeitig Information der Öffentlichkeit über die Beschränkungen.

Die Kommission ist der Ansicht, dass das Recht jedes Unionsbürgers, sich in der Europäischen Union frei zu bewegen und seinen Aufenthalt frei zu nehmen, eine der wertvollsten Errungenschaften der Europäischen Union und ein wichtiger Faktor für unsere Wirtschaft ist. Freizügigkeitsbeschränkungen innerhalb der EU sollten nur verhängt werden, wenn sie aufgrund von Risiken für die Gesundheit der Bevölkerung unbedingt notwendig sind. Auf dem Rat für Allgemeine Angelegenheiten am 22. September 2020 konnten sich die Mitgliedstaaten auf eine gemeinsame wöchentliche Datengrundlage und einer Frist zwischen Bekanntgabe und Inkrafttreten von grundsätzlich 24 Stunden einigen. Die weiteren Punkte befinden sich noch in der Diskussion.

[Pressemitteilung](#)

### **Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet**

Siehe unter [3. Justiz](#).

#### **Bericht über die Rechtsstaatlichkeit in der Europäischen Union**

Die Kommission hat am 30. September 2020 den ersten [Bericht](#) über die Rechtsstaatlichkeit in der Europäischen Union veröffentlicht. Der Bericht umfasst vier Eckpfeiler der Rechtsstaatlichkeit: die nationalen Justizsysteme, die Rahmen für die Korruptionsbekämpfung, Medienpluralismus und -freiheit sowie sonstige institutionelle Aspekte im Zusammenhang mit der Gewaltenteilung, die für eine wirksame demokratische Staatsführung ausschlaggebend ist. Aus dem Bericht geht hervor, dass zwar viele Mitgliedstaaten im Bereich der Rechtsstaatlichkeit hohen Standards genügen, aber dennoch in der EU große Herausforderungen hinsichtlich der Rechtsstaatlichkeit bestehen. Außerdem werden einschlägige Entwicklungen beleuchtet, die im Zusammenhang mit den von den Mitgliedstaaten aufgrund der Coronavirus-Krise ergriffenen Notmaßnahmen eingetreten sind. Im [Länderkapitel](#) wird Deutschland für die Medienfreiheit und Vielfalt, die Gewaltenteilung und seinen Regeln zur Korruptionsbekämpfung positiv erwähnt. Die Kommission thematisiert aber auch die Weisungsgebundenheit der Staatsanwaltschaft, fehlende Lobbyregister und die hohe Zahl an Richterinnen und Richter, die in den Ruhestand gehen. Nach Auffassung der Kommission wird der mit dem Bericht angestoßene Dialog dazu beitragen, dem Entstehen oder der Vertiefung von Problemen im Bereich der Rechtsstaatlichkeit vorzubeugen und einen weiteren Beitrag zur Förderung einer soliden politischen und rechtlichen Kultur der Rechtsstaatlichkeit in der EU leisten. Der nächste Bericht über die Rechtsstaatlichkeit ist für 2021 geplant.

[Pressemitteilung](#)

#### **Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet**

Die Kommission hat am 10. September 2020 eine Übergangsverordnung vorgeschlagen, damit Kommunikationsdienste weiterhin freiwillig die Behörden unterstützen können, den sexuellen Missbrauch von Kindern im Internet aufzudecken und zu entfernen. Der Vorschlag ist Teil der [EU-Strategie](#) für eine wirksamere Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern. Die Übergangsmaßnahme ist notwendig, da mit der vollständigen Anwendung des Europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation ab dem 21. Dezember 2020 bestimmte Online-Kommunikationsdienste, wie Webmail oder Messaging-Dienste, in den Anwendungsbereich der e-Privacy-Richtlinie fallen. Diese Richtlinie enthält keine ausdrückliche Rechtsgrundlage für die freiwillige Verarbeitung von Inhalten oder Verkehrsdaten zum Zwecke der Aufdeckung des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet. Den Anbietern wird es mit dem Vorschlag ermöglicht, die Kommunikation ihrer Nutzer auf sexuellen Kindesmissbrauch zu untersuchen und die Erkenntnisse an die zuständigen Stellen weiterzuleiten. Das Europäische Parlament und der Rat müssen den Vorschlag noch annehmen. Nach der Annahme sollen die Regeln bis zum 31. Dezember 2025 in Kraft bleiben.

[Pressemitteilung](#)

#### **Bericht zum Schutz des EU-Haushalts vor Betrug**

Die Kommission hat am 3. September 2020 den 31. Jahresbericht über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Union vorgelegt. 2019 sind verschiedene Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung verabschiedet worden. Die Mitgliedstaaten haben eine Richtlinie über die strafrechtliche Verfolgung von Betrugsfällen im Zusammenhang mit EU-Geldern umgesetzt, die EU hat Regeln für den Schutz von Hinweisgebern und eine neue Betrugsbekämpfungsstrategie angenommen und es wurde die erste Europäische Generalstaatsanwältin ernannt. Konkret wurden im Vorjahr 939 Unregelmäßigkeiten gemeldet. Ihr finanzieller Wert ist nur etwa halb so groß wie jener der Betrugsfälle von 2018, was den allgemeinen Abwärtstrend der letzten fünf Jahre aus Sicht der Kommission bestätigt.

[Pressemitteilung](#)

#### **Europäische Staatsanwälte legen Amtseid ab**

Am 28. September 2020 haben die Europäischen Staatsanwälte ihren Amtseid abgelegt. Die neue Europäische Staatsanwaltschaft wird die erste supranationale Staatsanwaltschaft sein, die in allen an der verstärkten Zusammenarbeit beteiligten EU-Ländern tätig ist. Sie soll Betrug und andere Straftaten untersuchen und strafrechtlich verfolgen, die die finanziellen Interessen der EU betreffen. Die Behörde

wird von der europäischen Generalstaatsanwältin, unterstützt von den europäischen Staatsanwälten, geleitet. Jeder Mitgliedstaat entsendet einen europäischen Staatsanwalt nach Luxemburg. Für Deutschland ist Herr Herrn Andrés Ritter aus Rostock europäischer Staatsanwalt geworden. Mindestens zwei delegierte europäische Staatsanwälte werden im Justizsystem jedes teilnehmenden Mitgliedstaats tätig sein und eng mit der Zentralstelle zusammenarbeiten.

[Pressemitteilung](#)

### **EuGH stärkt die Netzneutralität im Internet**

Der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) hat am 15. September 2020 in den Rechtssachen C-807/18 und C-39/19 entschieden, dass Vereinbarungen mit „Nulltarifen“ geeignet seien, Rechte der Endnutzer einzuschränken. Diese ergeben sich aus Art. 3 der Verordnung (EU) 2015/2120, welche unter anderem den offenen Zugang zum Internet vorgibt („Netzneutralität“). Ein ungarisches Gericht legte dem EuGH die Frage vor, ob Vertragspakete über Internetzugangsdienste, bei denen bestimmte Dienste und Anwendungen nicht auf das vom Kunden gebuchte Datenvolumen anrechnet werden („Nulltarif“) mit dem europäischem Recht vereinbar seien. Die Dienste sind auch nach dem Verbrauch des Datenvolumens uneingeschränkt nutzbar, obwohl nicht bevorzugte Dienste und Anwendungen blockiert oder verlangsamt werden.

Nach Ansicht der EuGH seien Maßnahmen, die den Verkehr blockieren oder verlangsamen und auf „kommerziellen Erwägungen“, also nicht auf objektiv unterschiedlichen Anforderungen, basieren, mit der Netzneutralität aus Art. 3 der Verordnung unvereinbar. Zudem verlange die allgemeine Pflicht zur gleichen und nichtdiskriminierenden Behandlung des Internetverkehrs nicht, dass die Maßnahme des Anbieters tatsächlich Auswirkungen auf die Ausübung der Rechte der Endnutzer haben.

[Pressemitteilung](#) und [Urteil](#)

### **EuGH: Kurzzeitvermietung kann von Genehmigung abhängig gemacht werden**

Mit seinem Urteil vom 22. September 2020 hat der EuGH klargestellt, dass die Tätigkeit der regelmäßigen Kurzzeitvermietung von Wohnungen (z.B. „airbnb“), durch nationale Regelungen von einem Genehmigungserfordernis abhängig gemacht werden kann. Auf die Vorlagefrage des französischen Kassationsgerichtshofs befasste sich der EuGH damit, ob eine solche nationale Regelung mit der Richtlinie 2006/123 über die Dienstleistung im Binnenmarkt vereinbar ist. Im französischen Recht ist vorgesehen, dass eine Umnutzung von Wohnungen unter bestimmten Umständen der vorherigen Genehmigung bedarf.

Nach Ansicht des EuGH müsse die Genehmigungsregelung zunächst gemäß Art. 9 der Richtlinie darauf geprüft werden, ob sie als solche gerechtfertigt ist und anschließend gemäß Art. 10 der Richtlinie, ob die, für die Genehmigungserlangung, notwendigen Kriterien, gerechtfertigt sind. Die Bekämpfung des Mangels an Wohnungen, die längerfristig vermietet werden, stelle einen zwingenden Grund des Allgemeininteresses dar, so der EuGH. Ein milderer Mittel sei nicht ersichtlich, da eine nachträgliche Kontrolle mit Sanktionen nicht ermögliche, die vermehrt auftretenden Kurzzeitvermietungssysteme sofort und wirksam zu verlangsamen. Eine solche nationale Regelung ist daher gerechtfertigt. Die jeweiligen Kriterien für die Genehmigung seien grundsätzlich durch denselben Grund des Allgemeininteresses gerechtfertigt. Zusätzlich geht der EuGH davon aus, dass unbestimmte Rechtsbegriffe innerhalb der nationalen Regelung durch die örtlichen Behörden klar, eindeutig und objektiv bestimmt werden können.

[Pressemitteilung](#) und [Urteil](#)

### **NextGenerationEU“: EU-Kommission stellt Leitlinien für Aufbau- und Resilienzfazilität vor**

Die Kommission hat am 17. September 2020 in ihrer jährlichen Strategie für nachhaltiges Wachstum im Jahr 2021 die nächsten Schritte für die Umsetzung der Aufbau- und Resilienzfazilität vorgelegt.

Mit der Veröffentlichung der jährlichen Strategie für nachhaltiges Wachstum leitet die Kommission den diesjährigen Zyklus des Europäischen Semesters ein. Die diesjährige Strategie für nachhaltiges Wachstum setzt die letztjährige fort. Die in der jährlichen Strategie für nachhaltiges Wachstum des letzten Jahres ermittelten vier Dimensionen – makroökonomische Stabilität, Produktivität, Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit – dienen weiterhin als Leitprinzipien, an denen sich die Aufbau- und Resilienzpläne der Mitgliedstaaten sowie deren nationale Reform- und Investitionsprogramme ausrichten. Diese Dimensionen stehen im Mittelpunkt des Europäischen Semesters und sollen nach Ansicht der Kommission sicher stellen, dass die neue Wachstumsagenda dazu beiträgt, die Grundlagen eines grünen, digitalen und nachhaltigen Aufschwungs zu schaffen.

Damit die Aufbau- und Resilienzfazilität in Anspruch genommen werden kann, sollten die Mitgliedstaaten Entwürfe für Aufbau- und Resilienzpläne vorlegen, in denen die nationalen Investitions- und Reformprogramme im Einklang mit den genannten politischen Kriterien der EU dargelegt werden. Die Aufbau- und Resilienzpläne der Mitgliedstaaten sollten den wirtschaftspolitischen Herausforderungen Rechnung tragen, die in den länderspezifischen Empfehlungen der letzten Jahre, insbesondere in den Zyklen 2019 und 2020, aufgezeigt wurden. Außerdem sollten die Pläne den Mitgliedstaaten helfen, wirtschaftlich zu wachsen, neue Arbeitsplätze zu schaffen, soziale Resilienz zu erhöhen und den ökologischen und digitalen Wandel zu meistern.

Die Kommission legt heute außerdem eine Standardvorlage für die Aufbau- und Resilienzpläne der Mitgliedstaaten sowie zusätzliche Leitlinien zu deren optimaler Darstellung vor.

Die Pläne sind in allen Mitgliedsstaaten relevant, erfordern umfangreiche Investitionen und bergen ein großes Potenzial für Profite aus dem zweifachen ökologischen und digitalen Wandel durch Schaffung von Arbeitsplätzen und Wachstum. Die Kommission fordert die Mitgliedstaaten daher nachdrücklich auf, Investitionen und Reformen in folgenden Schlüsselbereichen aufzunehmen:

**Vorantreiben** – Frühzeitige Bereitstellung zukunftssicherer, sauberer Technologien und Beschleunigung der Entwicklung und des Einsatzes erneuerbarer Energien.

**Renovieren** – Verbesserung der Energieeffizienz öffentlicher und privater Gebäude.

**Aufladen und Auftanken** – Förderung zukunftssicherer sauberer Technologien zur Beschleunigung des Einsatzes nachhaltiger, erschwinglicher und intelligenter Verkehrsmittel, der Schaffung von Lade- und Betankungsstationen und Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel.

**Verbinden** – rasche Einführung schneller Breitbanddienste für alle Regionen und Haushalte einschließlich Glasfaser- und 5G-Netze.

**Modernisieren** – Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung und öffentlicher Dienste einschließlich der Justiz- und Gesundheitssysteme.

**Expansion** – Steigerung der Cloud-Kapazitäten für industrielle Daten und Entwicklung der leistungsfähigsten, fortschrittlichsten und nachhaltigsten Prozessoren.

**Umschulen und Weiterbilden** – Anpassung der Bildungssysteme, um digitale Kompetenzen zu fördern, Schul- und Berufsausbildung für alle.

Die Durchführung der Fazilität wird von der Taskforce „Aufbau und Resilienz“ der Kommission in enger Zusammenarbeit mit der Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen koordiniert. Ein Lenkungsausschuss unter dem Vorsitz von Präsidentin Ursula von der Leyen wird der Task Force politische Orientierung geben, damit die Fazilität kohärent und wirksam umgesetzt wird.

Die Kommission fordert das Europäische Parlament und den Rat auf, sich so rasch wie möglich über den Legislativvorschlag zu einigen, damit die Fazilität am 1. Januar 2021 einsatzbereit ist.

Die Frist für die Einreichung der Aufbau- und Resilienzpläne läuft am 30. April 2021 ab. Die Mitgliedstaaten werden jedoch aufgefordert, ihre Vorentwürfe ab dem 15. Oktober 2020 vorzulegen. Die Mitgliedstaaten sollten so bald wie möglich in einen breit angelegten, alle maßgeblichen Interessenträger einbeziehenden

politischen Dialog eintreten, um ihre Aufbau- und Resilienzpläne vorzubereiten. Dabei sollten sie sich mit der Aufbau-Taskforce sowie der Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen austauschen.

#### [Pressemitteilung](#)

[Fragen und Antworten: Kommission stellt nächste Schritte für die Aufbau- und Resilienzfähigkeit in Höhe von 672,5 Mrd. € vor](#)

[Kommission stellt nächste Schritte für die Aufbau- und Resilienzfähigkeit in Höhe von 672,5 Mrd. € vor](#)

[Mitteilung: Jährliche Strategie für nachhaltiges Wachstum 2021](#)

[\\*Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen: Leitlinien für die Mitgliedstaaten für Aufbau- und Resilienzpläne](#)

[\\*Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen: Vorlage für Aufbau- und Resilienzpläne](#)

[Aufbau- und Resilienzfähigkeit – Gewährung von Finanzhilfen](#)

### **Deutschland verzeichnet mit 22 Milliarden € EU-weit drittgrößte Mehrwertsteuerlücke**

Den EU-Ländern entgingen 2018 Mehrwertsteuer-Einnahmen in Höhe von 140 Mrd. Euro, aufgrund von COVID-19 ist 2020 ein weiterer Anstieg möglich. Deutschland verzeichnete 2018 mit 22 Mrd. € die dritthöchste Mehrwertsteuerlücke in absoluten Zahlen nach Italien (35,4 Mrd. Euro) und dem Vereinigten Königreich (23,5 Mrd. Euro). Zu diesem Ergebnis kommt ein heute (Donnerstag) von der EU-Kommission veröffentlichter Bericht. Wirtschaftskommissar Paolo Gentiloni wies darauf hin, dass die EU bei der Beseitigung von Möglichkeiten für Mehrwertsteuerbetrug und -hinterziehung zwar schrittweise vorangekommen ist, es aber noch viel zu tun gibt.

Die „Mehrwertsteuerlücke“ – oder die Differenz zwischen den erwarteten Einnahmen in den EU-Mitgliedstaaten und den tatsächlich eingezogenen Einnahmen – ist damit zwar immer noch extrem groß, hat sich in den letzten Jahren jedoch geringfügig verkleinert. Die Zahlen für 2020 prognostizieren jedoch eine Trendumkehr mit einem potenziellen Verlust von 164 Mrd. € im Jahr 2020 aufgrund der Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie auf die Wirtschaft.

Die beträchtliche Mehrwertsteuerlücke für 2018 in Verbindung mit Prognosen für 2020 mit den erwarteten Auswirkungen der COVID-19-Pandemie macht erneut deutlich, dass eine umfassende Reform der Mehrwertsteuervorschriften der EU erforderlich ist, um dem Mehrwertsteuerbetrug ein Ende zu setzen, und dass die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten verstärkt werden muss, um die Mehrwertsteuererhebung zu fördern und gleichzeitig gesetzestreue Unternehmen zu schützen. Das jüngste [Paket der Kommission für eine faire und einfache Besteuerung](#) (Juli 2020) enthält auch eine Reihe anstehender Maßnahmen in diesem Bereich.

#### [Pressemitteilung](#)

### **Deutschland 2019 mit Abstand größter Nettozahler der EU**

Nach dem Bericht der Kommission über die Umsetzung des EU-Haushalts für 2019 hat Deutschland 14,32 Mrd. € mehr nach Brüssel überwiesen als es aus EU-Fördertöpfen erhalten hat. Zu den 11 Nettozahlern (Mrd. €) gehören auch Großbritannien (6,82), Frankreich (6,76), Italien (4,06), Niederlande (2,97), Schweden (1,44), Österreich (1,22), Dänemark (1,02), Belgien (0,57), Finnland (0,56) und Irland (0,03). Die 17 Nettoempfänger sind Polen (12,04), Ungarn (5,08), Griechenland (3,68), Tschechien (3,52), Rumänien (3,38), Portugal (2,57), Bulgarien (1,69), Kroatien (1,60), Slowakei (1,53), Litauen (1,12), Lettland (1,11), Estland (0,92), Spanien (0,73), Slowenien (0,51), Malta (0,14), Zypern (0,07), und Luxemburg (0,02).

#### [Pressemitteilung](#)

### **Kommission treibt Kapitalmarktunion in Europa voran**

Die Kommission hat am 24. September 2020 einen neuen Aktionsplan für die EU-Kapitalmarktunion in den kommenden Jahren veröffentlicht. Oberste Priorität der EU ist es, dass sich Europa von der beispiellosen Wirtschaftskrise, die das Coronavirus verursacht hat, erholt. Konkret schlägt die Kommission 16 gezielte Maßnahmen vor, um die Kapitalmarktunion wirklich voranzubringen.

Konkret schlägt die Kommission heute **sechzehn gezielte Maßnahmen** vor, um die Kapitalmarktunion wirklich voranzubringen. Einige Beispiele:

- Für Anleger soll ein einheitlicher Zugangspunkt zu Unternehmensdaten geschaffen werden.

- Für Versicherer und Banken soll es einfacher werden, stärker in EU-Unternehmen zu investieren.
- Der Investitionsschutz soll gestärkt werden, um grenzüberschreitende Investitionen in der EU zu fördern.
- Die Überwachung der Angemessenheit der Altersversorgung soll in ganz Europa erleichtert werden.
- Die Insolvenzvorschriften sollen stärker harmonisiert oder konvergenter werden.
- Es werden Fortschritte bei der aufsichtlichen Konvergenz und einheitlichen Anwendung des einheitlichen Regelwerks für die EU-Finanzmärkte vorangetrieben.

Diese Maßnahmen stützen sich auf die Fortschritte, die im Rahmen des [Aktionsplans zur Kapitalmarktunion von 2015](#) und der [Halbzeitbilanz 2017](#) erzielt wurden, sowie auf Forderungen des Europäischen Parlaments (Entwurf eines Initiativberichts vom Juni 2020) und des [Rates](#) (Schlussfolgerungen des Rates vom 5. Dezember 2019). Darüber hinaus sind ausführliche Gespräche mit Interessenträgern und die Empfehlungen des Hochrangigen Forums zur Kapitalmarktunion darin eingeflossen.

[Pressemitteilung](#)

[Aktionsplan](#)

[Fragen und Antworten](#)

### **Europäische Zentralbank möchte künftig auch „grüne“ Anleihen als Sicherheit akzeptieren**

Am 22. September 2020 teilte die Europäische Zentralbank (EZB) Pläne mit, ihre Geldpolitik ab 1. Januar 2021 ein Stück weit „grüner“ zu gestalten und die vom Eurosystem zugelassenen marktfähigen Sicherheiten zu erweitern: Anleihen mit Coupons, die an Nachhaltigkeitsziele gebunden sind, sollen als Sicherheiten für Kreditgeschäfte des Eurosystems und auch für endgültige Käufe des Eurosystems für geldpolitische Zwecke zugelassen werden – sofern sie alle anderen Zulassungskriterien erfüllen. Die Coupons der Anleihen müssen an ein Leistungsziel gebunden sein, das sich auf mindestens ein Umweltziel der EU-Taxonomieverordnung und/oder auf mindestens ein Ziel der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung in Bezug auf Klimawandel oder Umweltzerstörung bezieht. Die EZB spricht konkret von „Sustainability-Linked Bonds“. Nicht marktfähige Sicherheiten mit vergleichbarer Couponstruktur sind bereits zugelassen. Die EZB weist auch darauf hin, die potenzielle Eignung für Anlagenkäufe im Rahmen des Wertpapierankaufprogramms *APP* (*Asset Purchase Programme*) und des Pandemie-Notfallkauprogramms (PEPP) hänge von der Einhaltung programmspezifischer Eignungskriterien ab.

[Pressemitteilung](#)

### **Aktionsplan für intelligenteren, innovativeren und effizienteren Zoll in der EU**

Die Kommission hat am 28. September ihren Aktionsplan für den Ausbau der Zollunion veröffentlicht, mit dem sie neue Herausforderungen angehen und so die Zollunion auf die nächste Stufe heben will. Zu den Herausforderungen gehören u.a. ungleiche Zollkontrollkapazitäten zwischen den Mitgliedstaaten, Zollbetrug und Schmuggel illegaler Waren sowie die Notwendigkeit von Regeln für neue Geschäftsmodelle wie den elektronischen Handel. Zudem sollen die Zollbehörden besser auf außergewöhnliche Umstände wie die COVID-19-Pandemie reagieren können. Noch in diesem Jahr soll auch ein Vorschlag für ein Single-Window-Umfeld für den Zoll folgen, der es Unternehmen ermöglichen wird, ihre Grenzformalitäten über ein einziges Portal abzuwickeln.

[Pressemitteilung](#)

[Aktionsplan](#)

### **Ausschuss für Regionale Entwicklung nimmt Bericht zu ReactEU an**

Am Montag, den 7. September 2020 hat der Ausschuss für regionale Entwicklung im Europäischen Parlament mit 37 Ja-Stimmen, keiner Gegenstimme und 4 Enthaltungen den Bericht zu ReactEU angenommen. Das von der Kommission noch vor dem Sommer vorgeschlagene REACT-EU-Instrument mobilisiert zusätzliche Investitionen und bietet den Mitgliedstaaten große Flexibilität, um die unmittelbaren Auswirkungen der Krise zu bewältigen.

Um die nationalen Behörden zu ermutigen, Projekte von guter Qualität zu finanzieren, stimmten die Abgeordneten dafür, den EU-Ländern zu erlauben, die zusätzlichen Mittel **auch in den Jahren 2023 und 2024**, über den von der Kommission gesetzten Termin 2022 hinaus, zu nutzen.

Die Abgeordneten bestehen darauf, sicherzustellen, dass die Mittel die am stärksten betroffenen Regionen und Menschen erreichen, und wollen, dass sich die Investitionen auf folgende Bereiche konzentrieren: Gesundheits- und Sozialinfrastruktur, Gesundheitssysteme und -dienstleistungen für alle, einschließlich grenzüberschreitender Gebiete, Regionen in äußerster Randlage, Gebiete, die von industriellem Wandel und Entvölkerung betroffen sind, Tourismus und Kultursektoren, Jugendbeschäftigung, benachteiligte Gruppen.

Die Abgeordneten unterstreichen zudem die Notwendigkeit, trotz der vom Europäischen Rat vorgeschlagenen Haushaltskürzungen die Höhe der von der Kommission vorgelegten REACT-EU-Finanzmittel, d.h. 55 Milliarden Euro, beizubehalten. Die Abgeordneten stimmen auch zu, dass Ausgaben für die abgedeckten Operationen ab dem 1. Februar 2020 förderfähig sein sollen.

Da REACT-EU beträchtliche neue Finanzmittel bereitstellt und gleichzeitig den Verwaltungsaufwand sowie die Ausgabenkontrolle reduziert, betonen die Abgeordneten, dass die verschiedenen Ausnahmeregelungen befristet bleiben müssen. Das Parlament fordert die Kommission auf, eine Bewertung der Auswirkungen und der Effizienz der Ausnahmeregelungen vorzulegen.

Es wird erwartet, dass das Parlamentsplenum auf seiner September-Sitzung das Mandat für interinstitutionelle Verhandlungen erteilt. Die Abgeordneten wünschen eine rechtzeitige Annahme der Maßnahmen, damit die Mitgliedstaaten die zusätzlichen Mittel so bald wie möglich verwenden können.

[Pressemitteilung](#)

### **Kommission: Übernahme von Gehe Pharma Handel durch Alliance Healthcare gebilligt**

Die Kommission billigte die Übernahme der Gehe Pharma Handel GmbH („Gehe“, Deutschland), kontrolliert von McKesson Corporation (USA) durch Alliance Healthcare Deutschland AG („Alliance“, Deutschland), kontrolliert von Wallgreens Boots Alliance, Inc. (USA). Alliance ist ein Vollsortiment-Großhändler im Arzneimittelbereich, der hauptsächlich in Deutschland tätig ist. Gehe ist ein Vollsortiment-Großhändler im Arzneimittelbereich, der ebenfalls hauptsächlich in Deutschland tätig ist.

[Pressemitteilung](#)

### **Kommission: Gemeinschaftsunternehmen von Cordes & Graefe und Fischer**

Die Kommission billigte die Übernahme der gemeinsamen Kontrolle über myCraftnote Digital GmbH („Craftnote“, Deutschland), von Fischer allein kontrolliert durch Cordes & Graefe KG („Cordes & Graefe“, Deutschland) und Fischerwerke GmbH & Co. KG („Fischer“, Deutschland). Cordes & Graefe ist ein Großhändler im Bereich von Sanitär-, Heizungs- und Klimaprodukten, Bedachungstechnik, Elektroprodukten, Tiefbauprodukten und Industrietechnik in mehreren Mitgliedstaaten. Fischer ist im Bereich Herstellung von Befestigungstechnik, Automobilinterieur, sowie Consulting (Unternehmensberatung) und Herstellung von Konstruktionsspielzeug weltweit tätig. Craftnote: betreibt Entwicklung und Vertrieb von Hard- und Software für Dienstleister und Handwerksbetriebe nebst den dazugehörigen Dienstleistungen.

[Pressemitteilung](#)

## **Kommission und Sozialpartner: Migranten besser in Arbeitsmarkt integrieren**

Die Kommission, Gewerkschaften, Handelskammern und Arbeitgeberverbände haben am 7. September 2020 ihre Zusammenarbeit bei der Integration von Migranten und Geflüchteten in den Arbeitsmarkt verstärkt. In einer gemeinsamen Erklärung stecken sie künftige Schwerpunktbereiche ab und wollen im Rahmen der 2017 eingerichteten Europäischen Integrationspartnerschaft bei der Arbeitsmigration enger zusammen-zuarbeiten. Die Unterzeichner betonen, wie wichtig das Zusammenwirken verschiedener Interessenträger für frühzeitige Integration in den Arbeitsmarkt ist, von der so-wohl Geflüchtete als auch die Gesellschaft insgesamt profitieren. Die Kommission finanziert seit drei Jahren entsprechende Projekte der Sozialpartner. Beispiele sind Projekte zur Kompetenzbewertung von Migranten in Italien, Deutschland und Belgien.

### [Pressemitteilung](#)

STATE OF THE UNION 2020

## **Zukunft: Europäische Gesundheitsunion**

In ihrer ersten Rede zur Lage der Europäischen Union vor dem Europäischen Parlament am 16. September 2020 würdigte Frau von der Leyen einführend würdigte ausführlich die Leistungen vor allem von Ärzten und Pflégern in der Corona-Krise und bekräftigte, dass Europa nach anfänglichem Egoismus den Wert der Gemeinsamkeiten wiederentdeckt habe.

Man müsse nun dafür sorgen, dass die EU für künftige Krisen besser gewappnet sei und auf grenzübergreifende Gesundheitsgefahren reagieren könne.

Sie forderte mehr Macht und mehr Geld für die Europäische Union in Gesundheitsfragen und eine weltweite Impfstoffzusammenarbeit.

Konkret schlug die Kommissionspräsidentin eine neue EU-Agentur für biomedizinische Forschung und Entwicklung vor. Zudem drängte sie das Europaparlament, mehr Mittel für das Gesundheitsprogramm «EU4Health» auszuhandeln.

Grundsätzlich müsse man über die Zuständigkeiten in Sachen Gesundheit sprechen. Das sei auch eine lohnende und dringende Aufgabe für die geplante Konferenz über die Zukunft Europas. Darüber hinaus werde sie im nächsten Jahr einen globalen Gesundheitsgipfel in Italien vorschlagen. Die Europäische Union müsse zu einer Gesundheitsunion werden.

### [Rede zur Lage der Union](#)

## **Coronavirus: EU und WHO kooperieren bei Impfstoffen und Behandlungen**

Die Entwicklung und der Einsatz von Impfstoffen, Tests und Behandlungen gegen COVID-19 sollen mit einem gemeinsamen Förderrat von EU und WHO beschleunigt werden. Der Förderrat setzt sich aus Regierungen und Nichtregierungs-Partnern (BMGF, Wellcome-Trust) zusammen. Norwegen und Südafrika führen den Vorsitz. Das Gremium wird die Arbeit des globalen Kooperationsrahmens ACT-A (Access to COVID-19 Tools Accelerator) anleiten. ACT-A hat innerhalb von nur vier Monaten mehr als 200 Impfstoffkandidaten, 1.700 klinische Prüfungen und 80 Diagnoseverfahren unterstützend begleitet, sowie 100 Länder mit Kapazitätslücken.

### [Pressemitteilung](#)

## **Coronavirus: EU sichert Abnahme von Impfstoff-Dosen von BioNTech-Pfizer**

Die Kommission hat am 9. September 2020 Sondierungsgespräche mit BioNTech-Pfizer über den Ankauf eines potenziellen Impfstoffs gegen COVID-19 abgeschlossen. BioNTech-Pfizer ist das sechste Unternehmen, mit dem die Kommission Gespräche zum Abschluss geführt hat; zuvor war dies bereits mit Sanofi-GSK am 31. Juli, mit Johnson & Johnson am 13. August sowie mit CureVac am 18. August und Moderna am 24. August der Fall. Ein erster Vertrag, der mit AstraZeneca geschlossen wurde, ist am 27. August in Kraft getreten. Es wird davon ausgegangen, dass die Kommission über einen vertraglichen Rahmen für den Ankauf von zunächst 200 Millionen Dosen – zuzüglich einer Option auf den Ankauf weiterer 100 Millionen Dosen – im Namen aller EU-Mitgliedstaaten verfügen wird, die geliefert werden, sobald sich ein Impfstoff als sicher und wirksam gegen COVID-19 erwiesen hat.

### **Kommission unterstützt Plasma-Forschung zur Behandlung von COVID-19**

Die Kommission wird die Forschung zu Verwendung von Plasma von Patienten, die von COVID-19 genesen sind, mit 4 Mio. € unterstützen. Das neue Forschungs-projekt SUPPORT-E soll festzustellen, ob die COVID-19-Konvaleszenzplasma-Transfusion - unter Verwendung von Plasma von Patienten, die sich von der Krankheit erholt haben - eine wirksame und sichere Behandlung darstellt. Die Finanzierung ist Teil der von der Kommission zugesagten 1 Mrd. € für Forschung zum Corona-virus. SUPPORT-E wird von der European Blood Alliance (EBA) geleitet und vereint zwölf große Forschungseinrichtungen und klinische Zentren aus sechs EU-Mitgliedstaaten sowie der Schweiz und dem Vereinigten Königreich.

[Pressemitteilung](#)

### **Coronavirus: EU stellt 150 Mio. € für Beförderung medizinischer Güter bereit**

Die EU unterstützt 18 Mitgliedstaaten und das Vereinigte Königreich über das Soforthilfeinstrument (Emergency Support Instrument – ESI) mit insgesamt 150 Mio. EUR, um wesentliche medizinische Güter nach Europa zu transportieren. Über das Instrument konnte die EU von April bis September dieses Jahres Frachtsendungen finanzieren, die u. a. lebensrettende persönliche Schutzausrüstung, Medikamente und medizinische Ausrüstung enthielten. Die Mittelausstattung des Soforthilfeinstruments beläuft sich auf 2,7 Mrd. EUR. Das Instrument soll die strategische und koordinierte Deckung des Bedarfs auf europäischer Ebene ermöglichen.

[Pressemitteilung](#)

### **Kampf gegen Drogen: Verbot von Isotonitazen auf dem Weg**

Die Kommission hat am 2. September einen delegierten Rechtsakt über ein EU-weites Verbot von Isotonitazen auf den Weg gebracht. Die psychoaktive Substanz ist ein synthetisches Opioid, das schwere Gesundheitsschäden verursachen kann. Isotonitazen ist in der EU seit mindestens April 2019 erhältlich und wurde in fünf Mitgliedstaaten nachgewiesen. In der EU wurden zwei Todesfälle im Zusammenhang mit Isotonitazen gemeldet, in den USA und in Kanada 21. Isotonitazen wird online als Pulver und Nasenspray verkauft. Der Rechtsakt tritt in Kraft, wenn weder das EU-Parlament noch der Rat innerhalb von zwei Monaten Einspruch einlegen. Diese Frist kann um zwei Monate verlängert werden. Danach müssen die Mitgliedsstaaten das Verbot innerhalb von sechs Monaten in nationales Recht umsetzen.

[Pressemitteilung](#)

### **Bericht: Ausstieg aus Verwendung von Quecksilber in Dentalamalgam**

Die Kommission hat am 17. August 2020 einen Bericht über Maßnahmen zur Verringerung von Quecksilberemissionen durch Dentalamalgam vorgelegt. Der Bericht kommt zu dem Ergebnis, dass der schrittweise Ausstieg aus der größten verbleibenden Verwendung von Quecksilber – Dentalamalgam – technisch und wirtschaftlich vor 2030 machbar sei. Die Kommission werde im Jahr 2022 daher einen Gesetzgebungsvorschlag zum schrittweisen Ausstieg aus der Verwendung von Dentalamalgam vorlegen.

[Pressemitteilung](#)

### **Umweltprobleme verursachen 13% der Todesfälle in Europa**

Nach dem am 8. September 2020 von der EU-Umweltagentur veröffentlichten Bericht zum Einfluss der Umwelt auf die Gesundheit trägt eine niedrige Umweltqualität zu 13 % aller vorzeitigen Todesfälle in Europa bei. Die Luftverschmutzung verursache jährlich mehr als 400.000 vorzeitige Todesfälle in der EU und sei damit weiterhin die größte Umweltbedrohung für die Gesundheit. Lärmbelastung stehe mit 12.000 vorzeitigen Todesfällen an zweiter Stelle, gefolgt von Auswirkungen des Klimawandels, insbesondere Hitzewellen. Der höchste Anteil an nationalen Todesfällen durch Umweltbelastung (27 %) finde sich in Bosnien und Herzegowina, der niedrigste in Island und Norwegen (9 %). In Deutschland, Frankreich, Spanien, und Skandinavien liegt dieser Anteil nach Zahlen aus dem Jahr 2012 zwischen 9 und 11 %

[Pressemitteilung](#)

### **Coronakrise: Kommission schlägt Kriterien für Reisebeschränkungen vor**

Die Kommission veröffentlichte am 4. September 2020 den Entwurf einer Empfehlung des Rates über gemeinsame Kriterien und Schwellenwerte für die Einführung von Reisebeschränkungen. Dazu gehören gemeinsame Farbcodes basierend auf der Ausbreitung von COVID-19 sowie ein gemeinsamer Rahmen für Reiserückkehrer aus Risikogebieten. Wenn die wöchentliche Testquote des Mitgliedstaats der Ausreise höher als 250 Tests pro 100.000 Personen liegt, sollten die Mitgliedstaaten die Freizügigkeit von Reisenden aus anderen Mitgliedstaaten nicht beschränken, wenn die Zahl aller in einem bestimmten Gebiet innerhalb von 14 Tagen neu gemeldeten COVID-19-Fälle unter 50 pro 100.000 Personen liegt ODER der Anteil der positiven Tests an allen in einem bestimmten Gebiet durchgeführten COVID-19-Tests unter 3 % liegt.

[Pressemitteilung](#)  
[Vorschläge](#)

### **Kommission: Deutsche Garantieregelung für Reisegutscheine gebilligt**

Die Kommission hat am 31. Juli 2020 eine Garantieregelung des deutschen Staates in Höhe von 840 Mio. EUR zur Deckung von Gutscheinen genehmigt, die von Reiseveranstaltern für vor dem 8. März 2020 gebuchte annullierte Pauschalreisen ausgestellt wurden. Diese Regelung stehe im Einklang mit den Zielen der Empfehlung (EU) 2020/648 der Kommission vom 13. Mai 2020, Gutscheine zu einer attraktiven und zuverlässigen Alternative zur Barerstattung zu machen. In Deutschland beliefen sich (Stand Ende April) Pauschalreisen, die vor dem 8. März gebucht worden waren und noch nicht wahrgenommen wurden, auf insgesamt 6 Mrd. EUR. Es werde geschätzt, dass Reiseveranstalter gesicherte Gutscheine im Wert von 1,5 Mrd. EUR ausgeben werden, um die Kunden für die verbleibenden annullierten Pauschalreisen zu entschädigen.

[Pressemitteilung](#)

### **Aktionsplan für intelligenteren, innovativeren und effizienteren Zoll in der EU**

Siehe unter 4. Finanzen

### Lage der Union: Klimaziele

Nach der Rede von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zur Lage der Union, hat die Kommission am 17. September 2020 ihre konkreten Vorschläge zum Klimaschutz und zur Reduktion von Emissionen bis 2030 vorgelegt, wonach die Treibhausgasemissionen der EU bis 2030 gegenüber 1990 um mindestens 55 % gesenkt werden sollen (s.a. [Bereich 8. Energie, Verkehr, Infrastruktur, Bau, Digitalisierung, Landesplanung](#)). Der Vorschlag der Kommission beinhaltet für die Landwirtschaft konkret eine Änderung des vorgeschlagenen Europäischen Klimagesetzes, um das Emissionsreduktionsziel von mindestens 55 % bis 2030 als Zwischenziel auf dem Weg zur angestrebten Klimaneutralität bis 2050 festzuschreiben, darunter die Überarbeitung und Ausweitung des EU-Emissionshandelssystems, Anpassung der Lastenteilungsverordnung und des Rahmens für Emissionen aus der Landnutzung, Ausbau der Maßnahmen in den Bereichen Energieeffizienz und erneuerbare Energien.

STATE OF THE UNION 2020

Bei der Landnutzung und Lastenverteilung (LULUCF) wird insbesondere der Agrar- und Forstbereich sowie die Wiedervernässung von Mooren angesprochen.

Die Emissionen und Kohlenstoffsenken des Sektors Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft sollen vollständig in das vorgeschlagene EU-Treibhausgasziel für 2030 integriert werden. Dies soll der Ausgangspunkt für den Weg zwischen 2030 und 2050 sein, um Klimaneutralität zu erreichen und eine vollständige kohärente Überwachung der Fortschritte auf dem Weg zu den Netto-Treibhausgasemissionen bis 2050 zu ermöglichen. Entsprechende Ziele sollen in der Verordnung zur Aufteilung der Anstrengungen und im Rahmen des EU-EHS festgelegt werden.

Die Verordnung über Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft schreibt derzeit vor, dass die EU-Mitgliedstaaten ihre natürliche Kohlenstoffsenke gemäß den bestehenden Landnutzungspraktiken beibehalten müssen. Im Laufe der Zeit solle der Sektor mehr tun. Der derzeitige Trend einer abnehmenden Kohlenstoffsenke an Land müsse gestoppt und umgekehrt werden. Die Biodiversitätsstrategie, die Farm-to-Fork-Strategie, die bevorstehende Waldstrategie, der EU-Naturwiederherstellungsplan und die neue Anpassungsstrategie sollen strengere Maßnahmen zum Schutz und zur Verbesserung der natürlichen Senke und Widerstandsfähigkeit der EU-Wälder gegenüber dem Klimawandel enthalten sowie Wiedervernässung von Mooren und Bioökonomie, einschließlich der Verwendung von dauerhaft geernteten Holzprodukten, unter vollständiger Berücksichtigung der ökologischen Grundsätze zur Förderung der biologischen Vielfalt fördern.

Die Kommission plant im Juni 2021 entsprechende Legislativvorschläge vorzulegen.

[Pressemitteilung](#)

### Informelles Abkommen über Maßnahmen zur Unterstützung der Fischer und zur Erhaltung der Fischbestände in der Ostsee

Der Rat und das Europäische Parlament haben am 22. September 2020 eine vorläufige Vereinbarung zur Unterstützung der von schwierigen Bestandlagen in der Ostsee betroffenen Fischer getroffen. Das vorläufige Abkommen zielt darauf ab, die finanzielle Lebensfähigkeit und den Lebensunterhalt der Fischer in der Ostsee zu schützen und gleichzeitig die Erholung der Fischbestände, insbesondere des Kabeljaus in der Ostsee, zu ermöglichen. Es umfasst spezifische Maßnahmen wie die finanzielle Unterstützung der betroffenen Fischer, die Verringerung der Fangkapazität der betroffenen Flotten sowie eine verstärkte Überwachung und Kontrolle. Die vorläufige Vereinbarung ermöglicht auch die sorgfältige Wiederaufnahme der Fischereitätigkeiten, sobald sich die Bestände ausreichend erholt haben oder nach fünf Jahren. Wenn die Vereinbarung vom Ausschuss der ständigen Vertreter des Rates (AStV) bestätigt wird, wird die Verordnung dem Europäischen Parlament zur Genehmigung vorgelegt.

[Pressemitteilung](#)

### VN-Gipfel zur biologischen Vielfalt: Rat sendet geeintes Signal

Der Rat hat die Kommission am 21. September 2020 ermächtigt, die „Leaders' Pledge for Nature“ im Namen der EU zu billigen, um ein geeintes Signal für globale Ziele für die biologische Vielfalt zu senden.

Damit wird Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ermächtigt, die Zusage auf einer Veranstaltung der Vereinten Nationen (VN), die virtuell am 28. September 2020 im Rahmen des VN-Gipfels zur biologischen Vielfalt stattfinden soll, zu billigen.

Bei der Zusage handelt es sich um eine freiwillige Erklärung, in der betont wird, dass der Verlust an biologischer Vielfalt und die Schädigung von Ökosystemen dringende und unmittelbare globale Maßnahmen erfordern. Sie ist Ausdruck der Notwendigkeit, die Anstrengungen zu verstärken, um die miteinander verknüpften Herausforderungen des Verlusts an biologischer Vielfalt, der Verschlechterung von Böden, der Schädigung von Süßwasser und Meeren, der Entwaldung, der Umweltverschmutzung und des Klimawandels auf integrierte und kohärente Weise anzugehen.

Sie stellt unter anderem eine Zusicherung dar, die biologische Vielfalt, das Klima und die Umwelt insgesamt in den Mittelpunkt der Maßnahmen zur Erholung von der COVID-19-Krise als auch der Bemühungen um nationale und internationale Entwicklung und Zusammenarbeit zu stellen. Damit soll sichergestellt werden, dass die Reaktion auf die derzeitige Gesundheits- und Wirtschaftskrise umweltfreundlich und gerecht ist und unmittelbar dazu beiträgt, dass eine bessere Erholung gelingt und nachhaltige Gesellschaften geschaffen werden.

[Pressemitteilung](#)

### **Green Deal: Intensivere Maßnahmen gegen die globale Entwaldung**

In einer am 15. September 2020 angenommenen unverbindlichen Entschließung fordern die Europaabgeordneten als Reaktion auf eine Mitteilung der Kommission mehr Unterstützung für den Schutz, die Wiederherstellung und nachhaltige Bewirtschaftung der Wälder, den Schutz der biologischen Vielfalt und von Kohlenstoffsinken sowie die Anerkennung der Produktivität und der Ökosystemleistungen der Wälder.

Das Plenum will verbindliche Ziele zum Schutz und zur Wiederherstellung von Waldökosystemen, insbesondere von Urwäldern, im Einklang mit den Vorschlägen der Biodiversitätsstrategie der EU bis 2030. Die Abgeordneten fordern die Kommission auf, Sorgfaltspflichtregeln für Finanzinstitutionen vorzuschlagen, die verhindern würden, dass EU-Finanzinstitute oder Banken direkt oder indirekt mit Entwaldung, Waldschädigung oder der Schädigung natürlicher Ökosysteme in Verbindung stehen. Diese Aktivitäten führen häufig auch dazu, dass indigene Bevölkerungsgruppen Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt sind. Die Kommission sollte sicherstellen, dass für Produkte und Waren, die auf dem EU-Markt in Verkehr gebracht werden, nachhaltige und entwaldungsfreie Lieferketten bestehen. Besonders die importierte Entwaldung müsse bekämpft werden. Darüber hinaus müssten künftige Handels- und Investitionsabkommen verbindliche Bestimmungen gegen Entwaldung enthalten, so der Resolutionsentwurf. Schließlich wollen die Abgeordneten, dass die externe Dimension des europäischen Green Deal durch Allianzen und Partnerschaften mit Drittländern gestärkt wird, um den Klimawandel und den Verlust der biologischen Vielfalt zu bekämpfen.

[Pressemitteilung](#)

### **Brexit: Weitere Verhandlungsrunde scheitert**

Am 10. September 2020 scheiterte eine weitere Verhandlungsrunde zum Brexit. EU-Verhandlungsführer Michel Barnier kündigte anschließend an die Gespräche an, dass man sich EU-seitig nun auf alle Szenarien vorbereite. Die achte Verhandlungsrunde über die künftige Partnerschaft zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich endete in London ohne Fortschritte. Das Vereinigte Königreich weigert sich, Garantien für einen fairen Wettbewerb in ein künftiges Abkommen aufzunehmen – und fordert gleichzeitig freien Zugang zum Markt der EU. Besonders beunruhigend für die EU-Seite ist der von der britischen Regierung angekündigte Bruch von Bestimmungen des Austrittsabkommens zur irischen Grenze. Die EU setzt sich weiterhin für eine künftige Partnerschaft mit dem Vereinigten Königreich ein. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die Rolle des Europäischen Gerichtshofs, die künftige Gesetzgebungsautonomie des Vereinigten Königreichs und die Fischerei. Für die EU geht es immer noch um wichtige Garantien für die Einhaltung von Sozial-, Umwelt-, Arbeits- und Klimastandards. Es gebe auch viele Ungewissheiten hinsichtlich der Regelungen für Lebensmittelsicherheit, Tiergesundheit und Pflanzenschutz, die für den Handel auf der irischen Insel besonders bedeutsam sind und ab dem 1. Januar 2021 gelten sollen.

[Pressemitteilung](#)

### OECD Bericht - Bildung auf einen Blick

Am 8. September 2020 wurde der OECD-Bericht <https://www.oecd.org/publications/bildung-auf-einen-blick-19991509.htm> „Bildung auf einen Blick“ veröffentlicht. Er beinhaltet Daten zu den Strukturen, der Finanzierung und der Leistungsfähigkeit der Bildungssysteme der einzelnen OECD-Länder sowie einer Reihe von Partnerländern. Informationen zum Output der Bildungseinrichtungen, zu den Auswirkungen des Lernens in den einzelnen Ländern, zu Bildungszugang, Bildungsbeteiligung und Bildungsverlauf sowie Investitionen, Organisationsstrukturen, Lehrkräften oder Lernumfeld werden strukturiert und vergleichend aufbereitet. Ein inhaltlicher Untersuchungsschwerpunkt dieses Berichtes ist die berufliche Ausbildung.

[Der Bericht](#)

### Der Europäische Bildungsraum - im Zeichen des digitalen Zeitalters

Am 30. September 2020 hat die Kommission zwei Initiativen angenommen: Zum einen ist es eine Vision für den Europäischen Bildungsraum, die bis 2025 umgesetzt werden soll. Vorgesehen sind neue Initiativen, umfassendere Investitionen und eine verstärkte Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten. Zum anderen hat die Kommission einen neuen Aktionsplan für digitale Bildung, der bis zum Jahr 2027 reicht, angenommen. Er beinhaltet den Plan für ein leistungsfähiges digitales Bildungsökosystem mit ausgeprägten Kompetenzen für ein digitales Zeitalter. In der Mitteilung über den Europäischen Bildungsraum legt die Kommission dar, wie die Qualität, die Inklusivität sowie die digitale und grüne Dimension der nationalen Bildungssysteme durch europäische Zusammenarbeit weiter verbessert werden können. Der europäische Bildungsraum umfasst sechs Dimensionen: Qualität, Inklusion und Gleichstellung der Geschlechter, ökologischer und digitaler Wandel, Lehrkräfte, Hochschulbildung sowie ein stärkeres Europa in der Welt.

[Pressemitteilung](#)

[Allgemeine und berufliche Bildung im europäischen Bildungsraum](#)

[Aktionsplan für digitale Bildung](#)

[Mitteilung - Europäischer Bildungsraum](#)

### Europäischer Forschungsrat vergibt ERC Starting Grants 2020

Am 3. September 2020 hat der Europäische Forschungsrat (ERC) die diesjährigen Empfänger seiner Starting Grants bekannt gegeben. Mit diesen werden exzellente Forschungsprojekte von Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern gefördert, die noch am Anfang ihrer wissenschaftlichen Karriere stehen. Dotiert ist die Auszeichnung mit jeweils bis zu 1,5 Mio. €. Das Gesamtbudget von 677 Mio. € wird an 436 von 3272 Bewerbungen vergeben. Deutschland ist mit 88 Auszeichnungen vor Großbritannien und den Niederlanden das erfolgreichste Land. Innerhalb Deutschlands liegt Bayern mit 66 Auszeichnungen vorn.

[Pressemitteilung](#)

[Auszeichnungsliste](#)

### Kommissionspräsidentin benennt Green Deal und Digitalisierung als Schwerpunkte

Am 16. September 2020 ist die Kommissionspräsidentin in ihrer Rede im Plenum des Europäischen Parlaments in Brüssel zur Lage der Union auch auf Erwartungen, Planungen und Schwerpunktsetzungen zur europäischen Forschung und Innovation eingegangen. Das Themenspektrum der Rede reichte von Gesundheit, Soziales, Wirtschaft, Binnenmarkt, Industriepolitik, Klima/Umwelt/Landwirtschaft, Digitalisierung, internationale Zusammenarbeit und Außenpolitik, Handelspolitik, Brexit, Migration bis zu Fragen der Rechtsstaatlichkeit und Maßnahmen gegen Diskriminierung und Hassreden.

Für Forschungseinrichtungen sind die Ausführungen zum „grünen und digitalen Wandel“ besonders von Bedeutung: So sollen 37 % des 750 Mrd. € schweren Wiederaufbauplans „NextGenerationEU“ in den Green Deal investiert werden und 20 % der Mittel in Digitaltechnik.

Für die Weiterentwicklung Europas und die Unterstützung durch die Forschung wurde explizit die Europäische Cloud-Initiative angesprochen. Ein weiteres Feld, in dem in Europa die Kompetenzen weiter ausgebaut werden sollten, sei die Künstliche Intelligenz. Hierbei stünden auch Datenschutzaspekte und ethisch-gesellschaftliche Fragen auf der Agenda. Überraschend hat von der Leyen zudem den Plan zum Aufbau einer europäischen „Agentur für biomedizinische Forschung und Entwicklung“ nach dem Vorbild der amerikanischen Biomedical Advanced Research and Development Authority (BARDA) vorgeschlagen, dessen Standort, Größe und Ausrichtung allerdings noch nicht konkretisiert wurde. Neu war außerdem die Ankündigung einer neuen Konzeption und Struktur im Bereich des ökologischeren und ökonomischeren Bauens und Wohnens sowie der Aus- und Fortbildung.

[Rede zur Lage der Union 2020](#)

[Rede zu Biomedical Advanced Research and Development Authority - BARDA](#)

### **Europäischer Grüner Deal – Vorschläge erbeten**

Am 17. September 2020 wurden die Ausschreibungen zu Themen des „European Green Deals“ offiziell bekannt gegeben. Investitionen sind im Rahmen des Europäischen Forschungsprogramms Horizon 2020 in Höhe von 1 Mrd.€ zur Förderung des grünen und digitalen Wandels vorgesehen. Die zu finanzierende Projekte sollen zu Ergebnissen mit greifbarem Nutzen in folgenden Bereichen führen:

Verstärkung der Klimaschutzbemühungen; saubere, erschwingliche und sichere Energie; Industrie für eine saubere Kreislaufwirtschaft; Energie- und ressourceneffiziente Gebäude; Nachhaltige und intelligente Mobilität; Strategie „Vom Hof auf den Tisch“; Biologische Vielfalt und Ökosysteme; Null-Schadstoff-Ziel, giffreie Umwelt. Hinzu kommen zwei horizontale Bereiche: Stärkung des Wissens und Stärkung der Handlungskompetenz der Bürgerinnen und Bürger, die eine längerfristige Perspektive für die im europäischen Grünen Deal vorgesehenen Veränderungen bieten.

[Pressemitteilung](#)

### **Europäische Forschungs- und Innovationstage – in diesem Jahr virtuell**

In diesem Jahr fanden die Europäischen Forschungs- und Innovationstage, von der Kommission organisiert, vom 22. – 24. September online statt. Dieses jährlich stattfindende europäische Flaggschiff der Kommission umfasste mehr als 100 Sitzungen und bringt politische Entscheidungsträger, Forscher und Unternehmen zusammen, um die Forschungs- und Innovationspolitik sowie deren Finanzierung zu diskutieren. Fragen zum European Green Deal, die Gestaltung der digitalen Zukunft Europas sowie der Europäische Forschungsraum standen im Mittelpunkt.

[Pressemitteilung](#)

### **Creative Europe Monitoring Report 2019 veröffentlicht**

Am 2. September 2020 hat die Kommission den Monitoring Report für das Kulturförderprogramm Kreatives Europa für das Jahr 2019 veröffentlicht. Es wird dargelegt wie das Programm in den Unterprogrammen Kultur, MEDIA und im sektorübergreifenden Bereich im Jahr 2019 umgesetzt wurde. Er benennt ausgewählte Kooperationsprojekte und beinhaltet statistische Übersichten. Das Budget von 190 Mio. € wurde vollumfänglich an 1375 geförderte Projekte ausgereicht.

[Pressemitteilung](#)

[Der vollständige Bericht \(en\)](#)

### Neues Klimaziel: EU-Kommission schlägt 55 Prozent weniger Emissionen bis 2030 vor

Wie von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in ihrer [Rede zur Lage der Union](#) angekündigt, hat die Kommission am 17. September 2020 vorgeschlagen, dass die Treibhausgasemissionen der EU bis 2030 gegenüber 1990 um mindestens 55 % sinken sollen. Das bisherige Ziel lag bei 40 %. Die neue Zielvorgabe beruht auf einer umfassenden Folgenabschätzung der sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Auswirkungen. Diese zeigt, dass 55 % weniger Emissionen realistisch und machbar sind. Das neue Klimaziel wird dazu beitragen, die wirtschaftliche Erholung Europas von der Coronavirus-Pandemie zu unterstützen. Es zeugt zudem von der globalen Führungsrolle der EU im Vorfeld der nächsten UN-Klimakonferenz (COP26).

Konkret hat die Kommission

eine **Änderung des vorgeschlagenen Europäischen Klimagesetzes** vorgelegt, um das Emissionsreduktionsziel von mindestens 55 % bis 2030 als Zwischenziel auf dem Weg zur angestrebten Klimaneutralität bis 2050 festzuschreiben;

das Parlament und den Rat ersucht, dieses 55%-Ziel als **neuen national festgelegten Beitrag der EU im Rahmen des Übereinkommens von Paris** zu bestätigen und es dem UNFCCC-Sekretariat bis Jahresende mitzuteilen;

die **bis Juni 2021 vorzulegenden Legislativvorschläge** genannt, mit denen das neue Ziel umgesetzt werden soll, darunter: Überarbeitung und Ausweitung des EU-Emissionshandelssystems, Anpassung der Lastenteilungsverordnung und des Rahmens für Emissionen aus der Landnutzung, Ausbau der Maßnahmen in den Bereichen Energieeffizienz und erneuerbare Energien sowie Verschärfung der CO<sub>2</sub>-Normen für Straßenfahrzeuge.

Neben dem Klimazielpfad 2030 und der dazugehörigen Folgenabschätzung hat die Kommission am 17. September 2020 auch **eine Bewertung der nationalen Energie- und Klimapläne der Mitgliedstaaten** für den Zeitraum 2021-2030 angenommen. Die Bewertung der Kommission zeigt, dass die EU ihr derzeitiges Ziel, die Emissionen bis 2030 um mindestens 40 % zu senken, übertreffen dürfte, was insbesondere den kontinuierlichen Fortschritten bei der Nutzung erneuerbarer Energien in ganz Europa zu verdanken ist. Um die neue Zielvorgabe von 55 % umzusetzen, muss die EU die Energieeffizienz und den Anteil der erneuerbaren Energien weiter steigern. Hierzu sollen nun weitere Konsultationen und Analysen durchgeführt werden, bevor die Kommission im Juni 2021 entsprechende Legislativvorschläge vorlegt.

Das neue Klimaziel für 2030 soll Investitionen in eine ressourcenschonende Wirtschaft anregen, Innovationen im Bereich saubere Technologien fördern und grüne Arbeitsplätze schaffen. Die Mitgliedstaaten können für diese Investitionen in die ökologische Wende auf den mit 750 Mrd. EUR ausgestatteten Aufbaufonds NextGenerationEU und den nächsten langfristigen EU-Haushalt zurückgreifen.

Zur Förderung der notwendigen Investitionen hat die Kommission heute auch Vorschriften für einen **neuen EU-Finanzierungsmechanismus für erneuerbare Energien** angenommen, um den Mitgliedstaaten die Zusammenarbeit bei der Finanzierung und Durchführung von Projekten im Bereich der erneuerbaren Energien zu erleichtern. Mehr Informationen dazu [hier](#).

[Vollständige Pressemitteilung](#)

[Fragen und Antworten zum Klimazielpfad für 2030](#)

[Mitteilung „Mehr Ehrgeiz für das Klimaziel Europas bis 2030“](#)

[Folgenabschätzung „Mehr Ehrgeiz für das Klimaziel Europas bis 2030“](#)

[Website zum Klimazielpfad 2030](#)

[EU-weite Bewertung der nationalen Energie- und Klimapläne](#)

### EU-Kommission erleichtert Zusammenarbeit bei Förderung erneuerbarer Energien

Die Kommission hat am 17. September 2020 neue Regeln veröffentlicht, mit denen Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien leichter grenzüberschreitend unterstützt werden können. Ab Anfang 2021 soll ein neuer EU-Mechanismus es den Mitgliedstaaten erleichtern, bei der Finanzierung und Umsetzung von Erneuerbaren-Projekten zusammenzuarbeiten - entweder als Gastgeber- oder als Beitragsland. EU-

Staaten können dann freiwillige Finanzbeiträge in den von der Kommission verwalteten Mechanismus einzahlen. Dieses Geld soll in die kosteneffizientesten Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien in der gesamten EU fließen.

Derzeit erfüllen die Mitgliedstaaten ihre Erneuerbaren-Ziele primär auf Grundlage der Menge an erneuerbaren Energien, die auf ihrem Hoheitsgebiet durch nationale Maßnahmen erzeugt werden. Es besteht zudem die Möglichkeit, Kooperationsmechanismen mit anderen Mitgliedstaaten zu nutzen, wie zum Beispiel statistische Transfers oder gemeinsame Projekte. Der neue Finanzierungsmechanismus eröffnet eine dritte Möglichkeit: Die Mitgliedstaaten können gemeinsam von Erneuerbare-Energien-Projekten profitieren, die über öffentliche Ausschreibungen finanziert werden und so Investoren und Projektentwickler zusammenbringen.

Die erzeugte Energie wird auf die Ziele aller teilnehmenden Länder im Bereich der erneuerbaren Energien angerechnet und dazu beitragen, das Ziel zu erreichen, Europa bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent zu machen.

Der neue Finanzierungsmechanismus ist in der [Governance-Verordnung](#) der Energieunion vorgesehen.

[Pressemitteilung](#)

### **Kommission startet Konsultation zur Bauprodukte-Verordnung**

Die Kommission hat am 4. September 2020 eine öffentliche Konsultation zur [Bauprodukte-Verordnung](#) eingeleitet. Deren Überarbeitung hatte sie im Rahmen des [Europäischen Grünen Deals](#) und im [Aktionsplan zur Kreislaufwirtschaft](#) angekündigt. Die Konsultation ist bis 25. Dezember offen. Bauprodukte sind Stoffe, Teile und Anlagen, die dauerhaft in Gebäuden eingebaut sind, zum Beispiel Sicherheitsgläser oder Fertighäuser.

Die Bauprodukte-Verordnung legt Anforderungen fest, die gleiche Wettbewerbsbedingungen im Binnenmarkt schaffen. Sie stellt sicher, dass Fachleuten, Behörden und Verbrauchern zuverlässige Informationen zur Verfügung stehen, damit sie die Produktleistung von Herstellern aus verschiedenen Ländern vergleichen können. Darüber hinaus ermöglicht sie den freien Verkehr von Bauprodukten auf dem EU-Binnenmarkt - Produkte müssen nur einmal nach einer europäischen Norm oder einem Europäischen Bewertungsdokument geprüft werden.

Die Konsultation läuft noch 16 Wochen, bis zum 25. Dezember und ist [hier](#) abrufbar. Auf der Grundlage der Beiträge aus dieser und anderen Konsultationen will die Kommission die Verordnung bis Ende 2021 überarbeiten.

#### **Weitere Informationen:**

[Bauprodukte-Verordnung](#)

[Europäischer Grüner Deal](#)

[Aktionsplan zur Kreislaufwirtschaft](#)

### **Stellungnahmen zu Beihilfavorschriften für Breitbandausbau ein**

Die Kommission hat eine öffentliche Konsultation eingeleitet, mit der Mitgliedstaaten und interessierte Kreise aufgerufen werden, zu den geltenden EU-Beihilfavorschriften zum Ausbau von Breitbandnetzen Stellung zu nehmen. Die Kommission will prüfen, ob die bestehenden Vorschriften angesichts der jüngsten Technologie- und Marktentwicklungen aktualisiert werden müssen. Beiträge können bis zum 5. Januar 2021 übermittelt werden.

Auf der Grundlage der [2013 veröffentlichten Breitbandleitlinien](#) dürfen die Mitgliedstaaten den Ausbau von Breitbandnetzen unter bestimmten Voraussetzungen fördern. Öffentliche Investitionen sind insbesondere dann erlaubt, wenn ein Marktversagen vorliegt und die Investitionen auf dem Markt „erhebliche Verbesserungen“ im Bereich der Breitbandverfügbarkeit, der Bandbreiten, der Geschwindigkeiten und des Wettbewerbs schaffen. Dadurch wird sichergestellt, dass sich staatliche Eingriffe auf Gebiete konzentrieren, die andernfalls aufgrund des mangelnden Interesses vonseiten gewerblicher Investoren abgehängt würden, und dass dem „Stand der Technik“ entsprechende Technologien gefördert werden. Gleichzeitig sollen die Leitlinien private Investitionen schützen. So schreiben sie vor, dass kein öffentlicher Eingriff erfolgen darf, wenn private Betreiber Investitionen getätigt haben oder konkret planen. Ferner soll der faire Wettbewerb durch entsprechende Vergabeverfahren, Technologieneutralität und Anforderungen

im Bereich des offenen Zugangs zum Nutzen aller europäischen Bürger und Unternehmen gefördert werden.

Mit der [Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung](#) (AGVO) werden die Mitgliedstaaten unter bestimmten Voraussetzungen freigestellt von der Pflicht zur vorherigen Anmeldung von Beihilfemaßnahmen, die auf den Ausbau von Breitbandnetzen in Gebieten abzielen, in denen eine Infrastruktur derselben Kategorie weder besteht noch in absehbarer Zukunft konkret geplant ist.

Seit der Annahme der Breitbandleitlinien im Jahr 2013 und der einschlägigen Bestimmungen der AGVO im Jahr 2014 haben sich die Breitbandtechnologien erheblich weiterentwickelt, und die Bedürfnisse der Nutzer sind gewachsen, was größere Bandbreiten sowie eine Verbesserung der Netze in Bezug auf andere Parameter wie Latenzzeit, Verfügbarkeit und Zuverlässigkeit erfordert.

Die öffentliche Konsultation soll zeigen, ob die Breitbandleitlinien und die einschlägigen Bestimmungen der AGVO ihre Ziele erfüllen, wie sie sich auf Markt und Wettbewerb auswirken und ob angesichts der jüngsten Technologie- und Marktentwicklungen und der neuen [digitalpolitischen EU-Ziele](#) eine Aktualisierung erforderlich ist. Mit der Konsultation will die Kommission Wirksamkeit, Effizienz, Kohärenz, Relevanz und europäischen Mehrwert der bestehenden Vorschriften im Einklang mit den Leitlinien für eine bessere Rechtsetzung bewerten.

Einzelheiten zur öffentlichen Konsultation sind [online](#) verfügbar. Die Konsultation läuft bis zum 5. Januar 2021.

[Pressemitteilung](#)

### **EU-Kommission fordert Mitgliedsstaaten auf, ein Konzept für 5G vorzulegen**

Die Kommission hat am 18. September 2020 die Mitgliedstaaten aufgefordert, die Investitionen in die Infrastruktur für Breitbandverbindungen mit sehr hoher Kapazität, einschließlich 5G, zu verstärken. Die Mitgliedstaaten sollen bis zum 30. März 2021 ein gemeinsames Konzept für den Netzausbau entwickeln.

Ziele des gemeinsamen Konzeptes sollen sein:

Senkung der Kosten und Erhöhung der Geschwindigkeit des Aufbaus von Netzen mit sehr hoher Kapazität, insbesondere durch die Beseitigung unnötiger administrativer Hürden;

rechtzeitig Bereitstellung von 5G-Funkfrequenzen und Förderung der Investitionen der Betreiber in den Ausbau der Netzinfrastruktur;

mehr grenzüberschreitende Koordination für Funkfrequenzzuweisungen einzurichten, um innovative 5G-Dienste, insbesondere in den Bereichen Industrie und Verkehr, zu unterstützen.

Parallel dazu und in engem Zusammenhang mit dieser Empfehlung schlug die Kommission heute eine neue Verordnung für das Europäische Gemeinsame Unternehmen für Hochleistungsrechnen vor, um die führende Rolle Europas in der Supercomputertechnologie voranzubringen, um die gesamte digitale Strategie zu untermauern und die Wettbewerbsfähigkeit der Union im globalen Umfeld zu gewährleisten.

[Pressemitteilung](#)

### **Kommission unternimmt neuen Anlauf für eine Reform des europäischen Luftraums**

Weniger Kosten, weniger Emissionen und weniger Verspätungen: Das sind die Ziele, die die Kommission seit 2004 mit ihren Vorstößen für einen Einheitlichen Europäischen Luftraum erreichen will.

Bereits 2004 hatte die EU-Kommission ihre Initiative für den Einheitlichen Europäischen Luftraum (Single European Sky, SES) gestartet, um die Grenzen im Luftraum über Europa abzubauen und die Leistung des nationalen Flugverkehrsmanagements zu verbessern. Ein Vorschlag für eine Revision des einheitlichen europäischen Luftraums (SES 2+) wurde 2013 von der Kommission vorgelegt, aber die Verhandlungen im Rat sind seit 2015 wieder ins Stocken geraten. Ein Hauptgrund für den Stillstand der Gespräche war die Uneinigkeit zwischen dem Vereinigten Königreich und Spanien über den Status des Flughafens von Gibraltar. Nach dem Brexit besteht dieses Hindernis nicht mehr.

Im Jahr 2019 wurde eine Expertengruppe eingesetzt, um die aktuelle Situation und den künftigen Bedarf für das Flugverkehrsmanagement in der EU zu bewerten, was zu mehreren Empfehlungen führte. Die neuen Kommissionsvorschläge werden von einem ausführlichen [Arbeitspapier der Kommissionsdienststellen](#) begleitet.

Um sichere und kosteneffiziente Flugverkehrsmanagement-Dienste zu gewährleisten, schlägt die Kommission u.a. folgende Maßnahmen vor:

- Stärkung des europäischen Netzes und seines Managements, um Überlastungen und suboptimale Flugrouten zu vermeiden;
- Förderung eines europäischen Marktes für Datendienste, die für ein besseres Flugverkehrsmanagement benötigt werden;
- Straffung der wirtschaftlichen Regulierung von Flugverkehrsdiensten, die im Auftrag der Mitgliedstaaten erbracht werden, um eine größere Nachhaltigkeit und Widerstandsfähigkeit zu fördern;
- Förderung einer besseren Koordinierung bei der Definition, Entwicklung und Einführung innovativer Lösungen.

Der aktuelle Vorschlag wird dem Rat und dem Parlament zur Beratung vorgelegt. Anschließend, nach der endgültigen Annahme des Vorschlags, müssen die Durchführungsrechtsakte und die delegierten Rechtsakte mit Experten vorbereitet werden, um detailliertere und technische Fragen zu klären.

[Pressemitteilung](#)

### **EP stimmt für Einbezug des Seeverkehrs in das EU-Emissionshandelssystem**

Am 16. September 2020 hat das Europäische Parlament (EP) mit 520 Stimmen bei 94 Gegenstimmen und 77 Enthaltungen für den Einbezug des Seeverkehrs in das EU-Emissionshandelssystem (ETS) gestimmt. Bereits am 4. Februar 2019 hatte die Kommission einen Vorschlag zur Änderung der Verordnung (EU) 2015/757 über die Überwachung von Kohlendioxidemissionen aus dem Seeverkehr vorgelegt. Nach dem Willen der Abgeordneten sollen Schiffe ab 5.000 Bruttoregistertonnen in EU-ETS ab 2022 einbezogen werden. Darüber hinaus werden Reedereien unter Androhung von Sanktionen aufgefordert, ihre jährlichen durchschnittlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen pro Transportleistung für alle ihre Schiffe um mindestens 40 % bis 2030 zu reduzieren. Ferner soll ein „Ozeanfonds“ im Zeitraum von 2022 - 2030 eingerichtet werden, der durch die Versteigerung von ETS-Emissionszertifikaten finanziert wird. Hieraus sollen energieeffizientere Schiffe und Investitionen in alternative Kraftstoffe und grüne Häfen finanziert werden. Rund 20 % der Mittel sind für den Erhalt der Meeresökosysteme vorgesehen. Mit der Festlegung des Standpunkts des EP können die Verhandlungen mit dem Rat beginnen.

[Pressemitteilung](#)

[Vorschlag der Kommission](#)

### **Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet**

Siehe unter [3. Justiz](#).

### **Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet**

Siehe unter [3. Justiz](#).

### **Bericht über die Rechtsstaatlichkeit in der Europäischen Union**

Siehe unter [3. Justiz](#).

### **Neue EU-Vorschriften für audiovisuelle Medien**

Ab dem 19. September 2020 soll die EU-Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste in allen Mitgliedstaaten umgesetzt werden. Die darin enthaltenen Regeln dienen vor allem dem Schutz Minderjähriger vor Hassreden und anderen schädlichen Inhalten auf Video-Streaming- und -Sharing-Plattformen. Außerdem tragen sie zur Wahrung der kulturellen Vielfalt bei, da sie die Produktion und Förderung europäischer Werke erleichtern und eine vielfältigere Auswahl an Produkten und Dienstleistungen ermöglichen. Die neuen Regeln sind Teil der breiter angelegten Arbeit der Kommission, um bei Sozialen Medien und Online-Plattformen für klarere Zuständigkeiten und Rechenschaftspflicht zu sorgen.

[Pressemitteilung](#)

### Empfehlungen der Fachkommission COTER

Die Mitglieder der Fachkommission für Kohäsionspolitik und EU-Haushalt (COTER) des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR) nahmen am 24. September in einer Online-Sitzung ihre Empfehlungen zur Rolle der Kohäsionspolitik vor dem Hintergrund der Coronaviruskrise, zum Bericht über die Umsetzung der Partnerschaft mit den Gebieten in äußerster Randlage der EU und zum öffentlichen Nahverkehr in Städten und Metropolregionen an. Die Mitglieder erörterten ferner das Paket REACT-EU, grenzübergreifende öffentliche Dienstleistungen sowie der Stand der Verhandlungen über den mehrjährigen Finanzrahmen.

Nachhaltige und intelligente Mobilität ist das zentrale Thema im Stellungnahmeentwurf **Herausforderungen für den öffentlichen Nahverkehr in Städten und Metropolregionen** von Adam Struzik (PL/EVP). Er betont, dass ein Viertel der Treibhausgasemissionen in der EU durch den Verkehr verursacht werden. Der Berichterstatter hebt hervor, wie wichtig es ist, den Mobilitätsbedürfnissen der Bürger gerecht zu werden und zugleich den Verkehrsbedarf zu senken, indem die Suburbanisierung begrenzt, der Verkehr durch eine vernünftige Aufteilung auf die Verkehrsträger rationalisiert und die externen Kosten der verschiedenen Verkehrsträger berücksichtigt werden. So kann den tatsächlichen Kosten für die Gesellschaft besser Rechnung getragen werden.

Die COVID-19-Pandemie sowie der Klimawandel und die Digitalisierung wirken sich besonders stark auf die Regionen in äußerster Randlage aus, die in hohem Maße vom Verkehr und der Anbindung an andere Teile der Welt abhängig sind. Berichterstatter Ángel Víctor Torres Pérez (ES/SPE) fordert deshalb in seinem Stellungnahmeentwurf **Eine verstärkte und erneuerte Partnerschaft mit den Gebieten in äußerster Randlage der EU** eine eingehende Prüfung der aktuellen Strategie und ihre Anpassung mit Blick auf die gegenwärtige ernste wirtschaftliche und soziale Lage.

Der hohe Stellenwert der Regionen und ihrer maßgeschneiderten Strategien für die Bewältigung dieser Herausforderungen ist die zentrale Aussage des Entwurfs der Stellungnahme zum **Beitrag der EU-Kohäsionspolitik zu einem intelligenten und innovativen wirtschaftlichen Wandel der Regionen vor dem Hintergrund der Covid-19-Krise**, die von Berichterstatter Michiel Rijsberman (NL/RE) auf Ersuchen des deutschen Ratsvorsitzes erarbeitet wurde. Betont wird, dass innovative Konzepte für den Übergang zu einem nachhaltigeren, digitaleren und robusteren Europa unumgänglich sind und dass die Kohäsionspolitik dazu beitragen kann.

Die COTER-Mitglieder erörterten zudem den aktuellen Stand der Verhandlungen über den mehrjährigen Finanzrahmen 2021–2027 in Anwesenheit von **Jan Koopman**, Generaldirektor der GD BUDG der Europäischen Kommission, sowie die Zukunft der grenzübergreifenden Zusammenarbeit in der EU, einschließlich grenzüberschreitender öffentlicher Dienstleistungen.

Das **Paket REACT EU**, das den Regionen und Städten die Verwendung von Strukturfondsmitteln zur Abfederung der negativen Auswirkungen der Pandemie ermöglichen soll, war Gegenstand einer Orientierungsdebatte. Der Stellungnahmeentwurf wird von Hauptberichterstatter **Mieczysław Struk** (PL/EVP) erarbeitet. Darüber sowie über den Stellungnahmeentwurf zur EU-Kohäsionspolitik wird auf der AdR-Plenartagung im Oktober abgestimmt.

Die Auswirkungen von COVID-19 auf die Regionen der EU sowie die Herausforderungen der Pandemie, für die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften sind ebenfalls Thema des **ersten EU-Jahresbarometers zur Lage der Gemeinden und Regionen**, das der Präsident des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR), **Apostolos Tzitzikostas**, Gouverneur der Region Zentralmakedonien, in einer Rede auf der AdR-Plenartagung am 12. Oktober präsentieren wird. Das Barometer beruht auf eigens in Auftrag gegebenen Studien sowie weiteren Untersuchungen und soll eine eingehende Bewertung der Krise und einiger der wichtigsten politischen Fragen, die durch die Krise aufgeworfen wurden, liefern.

### EU-Staaten wollen gegen Verschmutzung der Ostsee vorgehen

Die europäischen Mitgliedstaaten im Ostseeraum haben am 28. September 2020 bei einer von der EU-Kommission organisierten Konferenz vereinbart, die Umweltbelastungen der Ostsee zu verringern. Bei der unter der Schirmherrschaft des EU-Umweltkommissars Virginijus Sinkevičius organisierten *Our Baltic Conference* haben die Ministerinnen und Minister für Umwelt, Landwirtschaft und Fischerei der EU-Mitgliedstaaten im Ostseeraum vereinbart, die Belastungen der Meeresumwelt der Ostsee zu verringern und die Ostsee zu schützen. Die Konferenz ist ein Versuch, aus dem [europäischen Grünen Deal](#) bestimmte Verpflichtungen zur Säuberung und Wiederherstellung der natürlichen Umwelt der Ostsee abzuleiten, die eines der am stärksten verschmutzten Meeresbecken der EU ist. Davon sollen die Küstengemeinden profitieren. Das gemeinsame Engagement wurde zu diesem Anlass in der [Ministererklärung](#) verankert. Die Ministerinnen und Minister beschlossen, ihre Strategien aufeinander auszurichten und eine große Anzahl bestehender EU-Rechtsvorschriften anzuwenden, durch die die Umweltbelastungen der Ostsee verringert werden sollen. Die Vorschriften reichen von gemeinsamen Regelungen für Wasser und Nitrate in der gemeinsamen Agrarpolitik bis hin zur gemeinsamen Fischereipolitik. Die Erklärung baut auf einer verstärkten Implementierung bestehender EU-Regulierungen auf. Die Mitgliedstaaten verpflichten sich außerdem, neue Zielvorgaben im Einklang mit den Biodiversitäts- und „Vom Erzeuger zum Verbraucher“-Strategien zu erreichen, die von der Europäischen Kommission im Mai dieses Jahres unterbreitet wurden.

[Pressemitteilung](#)

### EU-Kommission erleichtert Zusammenarbeit bei Förderung erneuerbarer Energien

Siehe Kapitel 8

### Forum Ostsee MV: Perspektiven für die Ostseekooperation nach 2021

Am 21. September 2020 kam das Forum Ostsee MV erstmals online zusammen, das mit knapp 60 Teilnehmenden auf ein sehr gutes Interesse stieß. Ziel der 15. Sitzung war es, einen Überblick über den aktuellen Stand der Vorbereitungen für die neue Förderperiode 2021 – 2027 zu geben. Im Mittelpunkt standen hierbei die beiden INTERREG-Programme „Ostseeregion“ und „Südliche Ostsee“ sowie unter Ostseegesichtspunkten die Programme „Europa für Bürgerinnen und Bürger“, „Erasmus+ Jugend in Aktion“ und das „Europäische Solidaritätskorps“.

Trotz des Vorbehalts der noch andauernden Verhandlungen auf EU-Ebene zeigte sich, dass die Programmvorbereitungen bereits in vollem Gange sind. Auf breites Interesse stieß etwa die bis zum 4. September 2020 laufende Stakeholderbefragung für das künftige INTERREG-Ostseeprogramm, an der sich über 700 Akteure beteiligten. Dort hofft man, bis Mitte 2021 einen Programmentwurf bei der Europäischen Kommission einreichen zu können.

Aufgrund der inhaltlichen Bezüge fand die anschließende 16. Forumssitzung bereits am 29. September 2020 statt. Schwerpunktthemen dieser Sitzung waren die Einbeziehung von Jugendlichen in die Ostseekooperation und die bessere Nachverwertung von Projektergebnissen.

Mit der Etablierung der Ostsee-Jugendplattform im Sekretariat des Ostseerates im Frühjahr 2020 besteht eine zentrale Anlaufstelle für die bessere Koordinierung von Jugendbegegnungen in der Region geschaffen. Die Jugendplattform wird als Projekt durch Erasmus+ gefördert. In Mecklenburg-Vorpommern streben das Ministerium für Inneres und Europa in Zusammenarbeit mit dem Landesjugendring Mecklenburg-Vorpommern e.V. gemeinsam die Entwicklung eines ostseebezogenen Angebots für Jugendliche an, die in der Folge mit Aktivitäten in der Ostseeregion verknüpft werden sollen.

Die engere Abstimmung von Kooperationsprojekten mit den potentiellen Nutzern der angestrebten Projektergebnisse dürfte beispielsweise im INTERREG-Ostseeprogramm in Zukunft eine größere Bedeutung bekommen. Bereits bei der Antragstellung müssten die Projektpartner dann entsprechende Kontakte nachweisen. Damit soll eine stärkere die Inwertsetzung und Nachhaltigkeit der Projektergebnisse bewirkt werden.

Weitere Informationen: [Europa-MV](#)

## **EU-Mitgliedstaaten einigen sich auf Schwellenwert für Meeresmüll an den Küsten**

Seit 18. September 2020 gibt es für Strände einen Schwellenwert von weniger als 20 Abfallteilen pro 100 Meter Küstenlinie. Darauf haben sich die Mitgliedstaaten geeinigt. Der im Vorfeld des Coastal Clean-up Days am 19. September, an dem freiwillige Helfer Küsten und Flussufer säubern, veröffentlichte Schwellenwert für Meeresmüll an den Küsten, ist das erste feste, greifbare Ziel für alle Strände Europas und stellt die Verpflichtung dar, sie sauber zu halten.

## 13. Laufende Konsultationen

<b>Bank- und Finanzdienstleistungen</b>	
1. Juli 2020 – 21. Oktober 2020	<a href="#">Insurance and reinsurance firms – review of prudential rules (Solvency II Directive)</a>
28. September 2020 – 11. Januar 2021	<a href="#">Uniform rounding rules for cash payments in euro – assessment</a>
<b>Migration und Asyl</b>	
22. Juli 2020 – 21. Oktober 2020	<a href="#">The integration and inclusion of migrants and people with a migrant background</a>
<b>Justiz und Grundrechte</b>	
7. August 2020 – 20. November 2020	<a href="#">Cross-border justice – European enforcement orders (evaluation)</a>
1. September 2020 – 8. Dezember 2020	<a href="#">EU strategy on the rights of the child (2021-24)</a>
<b>Verkehr</b>	
5. August 2020 – 28. Oktober 2020	<a href="#">Sustainable aviation fuels – ReFuelEU Aviation</a>
<b>Verbraucherschutz</b>	
30. Juni 2020 – 6. Oktober 2020	<a href="#">Consumer policy – the EU's new 'consumer agenda'</a>
<b>Binnenmarkt</b>	
13. Juli 2020 – 9. November 2020	<a href="#">Postal services - evaluation report</a>
4. September 2020 – 25. Dezember 2020	<a href="#">Construction products – review of EU rules</a>
<b>Handel</b>	
14. September 2020 – 16. November 2020	<a href="#">State of intellectual property in third countries</a>
<b>Umwelt</b>	
22. Juli 2020 - 14 Oktober 2020	<a href="#">EU Green Deal – revision of the Energy Taxation Directive</a>
13. Juli 2020 – 9. November 2020	<a href="#">Schutz der Ozonschicht – Überprüfung der EU-Vorschriften</a>
22. Juli 2020 – 28. Oktober 2020	<a href="#">EU Green Deal (carbon border adjustment mechanism)</a>
3. September 2020 – 26. November 2020	<a href="#">Illegal logging – evaluation of EU rules (fitness check)</a>
3. September 2020 – 10. Dezember 2020	<a href="#">Deforestation and forest degradation – reducing the impact of products placed on the EU market</a>
27. August 2020 – 3. Dezember 2020	<a href="#">Environmental performance of products &amp; businesses – substantiating claims</a>
<b>Maritime Angelegenheiten und Fischerei</b>	
20. Juli 2020 – 23. November 2020	<a href="#">European fishery statistics – simplified data collection</a>
14. Juli 2020 – 27. Oktober 2020	<a href="#">EU fish farms (aquaculture) – updated guidelines</a>
15. Juli 2020 – 15. Oktober 2020	<a href="#">Targeted consultation on international ocean governance</a>

21. Juli 2020 – 10. November 2020	<a href="#">EU Arctic Policy</a>
27. August 2020 – 10. Dezember 2020	<a href="#">Ocean energy — evaluation of EU renewable power generation &amp; policy</a>
<b>Landwirtschaft und ländliche Entwicklung</b>	
9. Juli 2020 – 22. Oktober 2020	<a href="#">EU farm policy – evaluation of its impact on habitats, landscapes and biodiversity</a>
7. September 2020 – 30. November 2020	<a href="#">EU farm policy – impact on society and the economy in rural areas</a>
7. September 2020 – 30. November 2020	<a href="#">Rural development – long-term vision for rural areas</a>
4. September 2020 – 27. November 2020	<a href="#">Organic farming - action plan for the development of EU organic production</a>
<b>Wettbewerb</b>	
26. Juni 2020 – 9. Oktober 2020	<a href="#">EU competition law – market definition notice (evaluation)</a>
8. September 2020 – 5. Januar 2021	<a href="#">Broadband network deployment – evaluation of EU state aid rules</a>
<b>Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung</b>	
22. Juni 2020 – 9. November 2020	<a href="#">Aid programme for the Turkish Cypriot community – evaluation</a>

## 14. Termine

### Europäische Kommission

Veranstaltungsübersicht: [https://ec.europa.eu/info/events\\_de](https://ec.europa.eu/info/events_de)

1./2. Oktober 2020	<a href="#">Revitalising Retail 2020 (workshop 1)</a>
7. Oktober 2020	<a href="#">Citizens' Dialogue in Bratislava with Ladislav Miko, Head of the European Commission's Representation in Slovakia</a>
9./10. Oktober 2020	<a href="#">Visioning MED 2020+: Mediterranean in Transition</a>
9. Oktober 2020	<a href="#">Second European AI Alliance Assembly</a>
12. – 14. Oktober 2020	<a href="#">Outermost regions Forum 2020</a>
14./15. Oktober 2020	<a href="#">34th Madrid Forum</a>
14. Oktober 2020	<a href="#">European Natura 2000 Award ceremony</a>
15./16. Oktober 2020	<a href="#">Farm to Fork 2020 conference - Building sustainable food systems together</a>
16. Oktober 2020	<a href="#">Translation technologies – Understand, embrace, adopt</a>
17. Oktober 2020	<a href="#">#EUBeachCleanUp in Cyprus</a>
19. Oktober 2020	<a href="#">Translating Food: the added value of translation for the economy and society</a>
20. – 22. Oktober 2020	<a href="#">EU Green Week 2020</a>
20./21. Oktober 2020	<a href="#">Revitalising Retail 2020 (workshop 2)</a>
22. Oktober 2020	<a href="#">Translation as a career/Gairm an Aistitheora – for senior cycle secondary school students</a>
26. – 29. Oktober 2020	<a href="#">Clean energy for EU islands online forum</a>

### Rat der Europäischen Union

Sitzungskalender: [Link zum Sitzungskalender des Rates](#)

1./2. Oktober 2020	<a href="#">Sondertagung des Europäischen Rates</a>
5. Oktober 2020	<a href="#">Videokonferenz der Euro-Gruppe</a>
5./6. Oktober 2020	<a href="#">Informelle Tagung der Energieministerinnen und -minister</a>
6. Oktober 2020	<a href="#">Gipfeltreffen EU-Ukraine</a>
5./6. Oktober 2020	<a href="#">Informelle Tagung der Energieministerinnen und -minister Videokonferenz auf Ministerebene „Wirtschaft und Finanzen“</a>
8. Oktober 2020	<a href="#">Videokonferenz auf Ministerebene „Inneres“</a>

9. Oktober 2020	<a href="#">Rat (Justiz und Inneres)</a>
12. Oktober 2020	<a href="#">Rat (Auswärtige Angelegenheiten)</a>
13. Oktober 2020	<a href="#">Rat (Allgemeine Angelegenheiten)</a> <a href="#">Video conference of labour, social affairs and equality ministers</a>
14. Oktober 2020	<a href="#">Dreigliedriger Sozialgipfel</a>
15. Oktober 2020	<a href="#">Informelle Tagung der Ministerinnen und Minister für Telekommunikation</a>
15./16. Oktober 2020	<a href="#">Europäischer Rat</a>
19./20. Oktober 2020	<a href="#">Rat (Landwirtschaft und Fischerei)</a>
22./23. Oktober 2020	<a href="#">Informelle Tagung auf Ministerebene „Wettbewerbsfähigkeit“ (Binnenmarkt und Industrie)</a>
29./30. Oktober 2020	<a href="#">Informelle Tagung der Verkehrsministerinnen und -minister</a>
<b>Europäisches Parlament</b>	
<b>Sitzungskalender:</b> <a href="#">Link zum Sitzungskalender des EP</a>	
5. – 8. Oktober 2020	<a href="#">Plenum in Straßburg</a>
19. – 22. Oktober 2020	Plenum in Straßburg
<b>Ausschuss der Regionen</b>	
<b>Sitzungskalender:</b> <a href="#">Link zum Sitzungskalender des AdR</a>	
5. – 23. Oktober 2020	<a href="#">European Week of Regions and Cities 2020</a>
12. – 14 Oktober 2020	<a href="#">Plenum des Ausschusses der Regionen</a>
<b>Ostseekooperation</b>	
<b>Veranstaltungsübersicht:</b> <a href="https://www.europa-mv.de/ostseekooperation/">https://www.europa-mv.de/ostseekooperation/</a>	
6. Oktober 2020	Sitzung des Exekutivausschusses der KPKR Ostseekommission (online)
20. Oktober 2020	<a href="#">Stakeholder Forum der EU-Ostseestrategie</a> unter dem Motto „Our Region, Our Future – Towards a Decade of Innovation and Sustainability“ (online)
21. Oktober 2020	<a href="#">Jahresversammlung</a> der KPKR Ostseekommission (online)

## 15. Ansprechpartner

Ansprechpartner	Themenbereiche
<b>Dr. Lars Friedrichsen</b> Leiter Telefon: +32-2 741-6000 E-Mail: <a href="mailto:lars.friedrichsen@mv-office.eu">lars.friedrichsen@mv-office.eu</a>	<i>Institutionelle Fragen, Öffentlichkeitsarbeit</i>
<b>Dr. Merten Barnert</b> Komm. stellv. Leiter Telefon: +32-2 741-6006 E-Mail: <a href="mailto:merten.barnert@mv-office.eu">merten.barnert@mv-office.eu</a>	<i>Energie, Infrastruktur, Digitalisierung, Verkehr, Wettbewerbsrecht, Regionalpolitik, Finanzen der EU, Ostseekooperation</i>
<b>Dr. Sylvia Völzer</b> Referentin Telefon: +32-2 741-6774 E-Mail: <a href="mailto:sylvia.voelzer@mv-office.eu">sylvia.voelzer@mv-office.eu</a>	<i>Forschung, Innovation, Kultur, Bildung, Jugend, Sport, Gleichstellung</i>
<b>Beatrix Bönisch</b> Referentin Telefon: +32-2 741-6771 E-Mail: <a href="mailto:beatrix.boenisch@mv-office.eu">beatrix.boenisch@mv-office.eu</a>	<i>Wirtschaft, Arbeit, Tourismus, Gesundheit</i>
<b>Julia Stark</b> Referentin Telefon: +32-2 741-6005 E-Mail: <a href="mailto:julia.stark@mv-office.eu">julia.stark@mv-office.eu</a>	<i>Landwirtschaft, Fischerei, Umwelt, Soziales</i>
<b>Henning Machedanz</b> Referent Telefon: +32-2 741-6004 E-Mail: <a href="mailto:henning.machedanz@mv-office.eu">henning.machedanz@mv-office.eu</a>	<i>Justiz, Inneres, Medien, Integration, Ausschuss der Regionen</i>
<b>Petra Götz</b> Sachbearbeiterin Telefon: +32-2 741-6003 E-Mail: <a href="mailto:petra.goetz@mv-office.eu">petra.goetz@mv-office.eu</a>	<i>Haushalt, Organisation, Verwaltung, Veranstaltungen</i>
<b>Alexander Mannewitz</b> Assistenz der Leitung Telefon: +32-2 741-6001 E-Mail: <a href="mailto:alexander.mannewitz@mv-office.eu">alexander.mannewitz@mv-office.eu</a>	<i>Administration, IT-Technik, Internet, Veranstaltungen</i>